

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonabend.
Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

43. Jahrg.

Leipzig, Sonnabend den 13. Mai 1905.

N^o 55.

Der Jahresbericht des Hauptvorstandes

dürfte in den nächsten Tagen in die Hände der Mitglieder gelangen, die ihn in Anbetracht der bevorstehenden Generalversammlung des Verbandes wohl eingehend studieren werden. Und das ist aus einer ganzen Anzahl von Gründen nur dringend zu wünschen. Sowohl der Rechenschafts- wie der Geschäftsbericht des Zentralvorstandes reden eine eindringliche Sprache über die gewerblichen und organisatorischen Verhältnisse und die materiellen Anforderungen, welche der Verband im Geschäftsjahre 1904 zu befriedigen hatte. Der Bericht faßt in großzügiger Weise alle gewerbepolitischen Erscheinungen seit der Münchener Generalversammlung zusammen und verweist zwingend auf die Gesamtlage, unter deren Einfluß sich zurzeit die Arbeit der Organisation zu vollziehen hat.

Es liegt in der Natur der Dinge, daß der das verflossene Geschäftsjahr behandelnde Bericht im Hinblick auf die bekannten Berliner Vorgänge und den dort gestellten Antrag auf Kündigung des Tarifes die Situation beleuchtet, in welche wir gelangen mußten, wenn einem unmöglichen Radikalismus und gewissen „partikularistischen“ Strömungen Rechnung getragen würde. Es mißte eine bittere Ironie darin liegen, wenn in demselben Augenblicke, wo die übrige organisierte Arbeiterschaft sich aufschüttet, bei Erfüllung ihrer gewerkschaftlichen Arbeiten immer mehr dem jahrzehntelang sich bewährten Standpunkte der Buchdrucker zu nähern, wir es wären, die da jenen Elementen das Wasser auf die trockenen Mühlen leiten würden, welche in der Durchführung einer konsequenten Tarifgemeinschaft eine Verwässerung des Kampfstandpunktes und eine für die Arbeiter schädliche Harmonisierung erblickten. Zutreffend verweist deshalb der Bericht auf die in den letzten Jahren im Gewerbe eingetretenen Veränderungen, welche sowohl im Sege- wie im Maschinenbaue viele „Hände“ überflüssig machten — leider dauernd!

Diese Erscheinung, die durch weitere Einführung von Segmaschinen sich immer unerfreulicher gestaltet, darf in gar keinem Betracht bei der Beurteilung der Gesamtlage ausgeschaltet werden, und müssen uns die daraus sich ergebenden Folgen für unsere gewerkschaftliche Taktik stets gegenwärtig sein. Denn doppeltes gilt es hier im Auge zu behalten. Einmal müssen wir mit einem hohen Arbeitslosenstande rechnen, und dann ist die ganze Kraft der Organisation erforderlich, auch für die Zukunft einen bestimmenden Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen an diesen Maschinen zu behalten und Gefahren vorzubeugen, wie sie eine durch irgendwelche verfehlte Schritte geschwächte Organisation nicht abzuwehren vermöchte. Stellt der Bericht doch fest, daß bereits einzelne Prinzipale Mädchen und Nichtbuchdrucker an den Segmaschinen ausbilden lassen; ein Beginnen, das z. B. bei dem Verkennen einer aus den Verhältnissen sich ergebenden, notwendigen und verdienstvollen, weil im Kerne der Sache einen kulturellen Fortschritt darstellenden Kompromisspolitik und eines zeitgemäßen Verständigungsverfahrens mit den Prinzipalen epidemisch um sich greifen mußte. Wenn daher der Verbandsvorstand sagt, daß „er in der Pflege und

dem weitem Ausbau der Tariforganisation eine Kulturaufgabe der deutschen Buchdrucker erblickt“, so hat er damit die vornehmste Aufgabe unsers Verbandes gekennzeichnet. Es ist dies der einzige zuverlässige Weg, der ohne Erschütterungen und Gefahren es gestattet, die Kräfte einer großen Organisation voll zur Ausnutzung zu bringen und diejenigen materiellen Vorteile den Mitgliedern zugänglich zu machen, die sich bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Ordnung der Dinge überhaupt erzielen lassen. Was auf diesem Wege nicht zu erreichen ist, was die Verhältnisse, denen wir nun leider einmal unterworfen sind, selbst unter dem schärfsten Druck der Organisation nicht hervorgehen, läßt sich auch auf andere Weise nicht erzielen, wenn je der Versuch gemacht werden sollte, durch einen Kampf der Prinzipalität höhere Löhne usw. als dies auf dem Verhandlungswege möglich ist abzurufen.

So lange die organisatorische Geschlossenheit unserer nationalen Organisation und ein allgemeiner deutscher Tarif aufrecht erhalten bleiben sollen, so lange die Mitglieder des Verbandes aus seiner Geschichte etwas gelernt haben, und so lange ihnen das historische Verständnis für das Werden und Gewordene begrifflich ist, dürfte nicht zu befürchten sein, daß die 40 jährige Geschichte unserer Arbeit im Gewerbe auf den Kopf gestellt und daß vergessen würde, wie der Weisheit letzter Schluß doch immer wieder die Verständigung sein wird.

Es ist müßig zu untersuchen — und noch dazu in der Öffentlichkeit —, unter welchen Voraussetzungen die Organisation einmal auf die Tarifgemeinschaft verzichten und an deren Stelle „das freie Spiel der Kräfte“ setzen würde, aber es gibt eben Leute, die nicht gut schlafen, wenn sie nicht vor dem Zubettgehen den Prinzipalen zurufen können: „Hütet euch, die Tarifgemeinschaft ist nicht unser letztes Wort!“ Es wäre aber statt dessen vielmehr am Platze, sich in die gewerblichen Zustände, in die tatsächlichen Verhältnisse in beiden Lagern zu vertiefen und ungeschönt zu sagen, was ist! Wenn dann außerdem die gesamte wirtschaftliche Lage des Reiches in Betracht gezogen wird — „stark in die Erscheinung tretende wirtschaftliche Depressionen“ konstatiert auch der Bericht —, wenn man nicht vergißt, daß heute die Interessen von über 40 000 Mitgliedern in 1243 Druckorten gewahrt werden sollen — eine schwierige Aufgabe mit hoher verantwortlicher Verpflichtung —, dann dürfte allgemein die Ueberzeugung heranreifen, daß an dem Bestehenden festzuhalten ist, und durch den Druck der Organisation das Möglichste für die Gehilfenschaft herausgeschlagen werden muß.

In diesem Sinne beschäftigt sich der Bericht des Hauptvorstandes mit den für unsere Organisation wichtigen Fragen, und er darf mit Berechtigung sagen, daß „unsere Gewerkschaftstaktik sich bewährt hat“. Die entschiedensten Gegner derselben, die Mitglieder der „Gewerkschaft“, mußten die Richtigkeit des von unserer Organisation beschrittenen Weges anerkennen. Die tariflichen Errungenschaften — „am 1. April 1904 arbeiteten 41 483 Gehilfen in 1382 Orten und bei 4559 Firmen zu tarifmäßigen Be-

dingungen“ — hatten gleichzeitig ein erfreuliches Wachstum der Organisation zur Folge, indem wir im Jahre 1904 3238 neue Mitglieder aufnehmen konnten; der Untenbergbund hat dadurch die empfindlichsten Schlappen erlitten. „Diese Organisation — kann der Bericht mit Genugtuung konstatieren — ist zu totaler Bedeutungslosigkeit herabgedrückt; in den zwölf Jahren ihres Bestehens hat sie noch nicht die Mitgliederzahl erreicht, welche der Verband in einem Jahre an Zunahme zu verzeichnen hat.“ — Des weitern ist unser Verhältnis zu den Bruderverbänden, wie dasjenige zu der übrigen gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ein zufriedenstellendes. Die Tarifgemeinschaft ist in ihren der Arbeiterschaft nützlichen Tendenzen besser erkannt worden als früher, und mehr und mehr bricht sich in der deutschen Arbeiterschaft die Ueberzeugung Bahn, daß mit der Tarifgemeinschaft eine höhere soziale Entwicklung und bedeutame Anerkennung der Arbeiter und ihrer Organisationen ausgedrückt ist, daß die Tarifgemeinschaft die unterste Stufe ist, die zu den Pfosten geregelter beruflicher und wirtschaftlicher Verhältnisse führt — mag sie enden, wo immer. Und wie in diesem Falle wir wiederum praktisch und ideell vorbildlich für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft gewirkt haben, so wird auch dadurch die Erfüllung gemeinsamer gewerkschaftlicher Aufgaben erleichtert, denn — schreiben wir in Nr. 54 von 1904 — „das Ziel, das wir erreichen wollen, ist nur in Gemeinsamkeit und im Zusammenhange mit allen Gewerkschaften zu erreichen; dieser leitende Gedanke ist nie aus dem Verstande gewichen, und von diesem Standpunkte aus ist der Verband über vieles hinweggegangen, was geeignet war, seinen schärfsten Widerspruch herauszufordern. Daher werden wir diese Solidarität auch in Zukunft und so lange hochhalten, als man in anderen Gewerkschaften mit dem deutschen Buchdruckerverbände zu gehen gewillt ist.“

Doch es fehlt auch nicht an unerfreulichen Erscheinungen im Berichtsjahre. Neben den für die Gehilfenschaft glücklich verlaufenen Tarifkonflikten der Schriftgießer in Frankfurt a. M. und Offenbach verweist der Bericht auf den unbefriedigenden Ausgang des Leipziger Schriftgießertreits. Ungleich unangenehmer, weil bedeutungsvoller, prinzipiell wichtiger, waren die bedauerlichen Vorkommnisse in Berlin, welche drohten, das ganze Tarifwerk aufs schwerste zu gefährden. Der Bericht geht ausführlicher darauf ein, gedenkt der Bauvorsteherkonferenz, die sich mit dieser Angelegenheit befaßte und das Vorgehen des Berliner Bauvorstandes beurteilte, und bezeichnet es als eine „Aufgabe der bevorstehenden Generalversammlung, an der Hand der gesammelten Erfahrungen die Marschroute vorzuschreiben, die zur Wahrung der Verbandsinteressen für die Zukunft einzuhalten und von jeder Seite zu beachten ist“. Eine Reihe anderer Dinge — „neu auftauchende Projekte und Verbesserungen an den Segmaschinen“, wodurch Handseger- und Gießerkollegen in ihrer Existenz gefährdet werden, die Herausbildung neuer Berufszweige, „die dem eigentlichem Muttergewerbe ziemlich weit, wenn nicht ganz entfremdet sind“, das

Eineinziehen der tariftreuen Gehilfen in Konflikte der Hilfsarbeiter, gewisse Erscheinungen in der „Spartenfrage“ — geben dem Verbandsvorstande Veranlassung, auf die schwierigen Verhältnisse hinzuweisen, von denen unsere gegenwärtige Verbandsarbeit beeinflusst wird. tritt noch hinzu, was leider nur zu häufig der Fall ist, daß den der Gesamtheit verantwortlichen Kollegen die Ausübung ihrer Tätigkeit erschwert wird, indem man ihnen oft nicht nur das Verständnis, sondern auch die Ehrlichkeit bei der Wahrnehmung ihres Amtes abspricht, dürfte dies alles eine Mahnung an die Dresdener Generalversammlung sein, sachlich und leidenschaftslos zu prüfen, was geschehen soll, um die Organisation für die ihr gestellten Aufgaben auch in der Zukunft befähigt zu erhalten. Dazu wird es zweifellos nicht an dem ehrlichen Willen aller Teilnehmer fehlen. Wer von der Wichtigkeit der in Dresden zu erwartenden Beschlüsse durchdrungen ist, wird auch wissen, daß nur tatsächliche Verhältnisse, nicht eingebildete, die Unterlagen bilden können. Und solcher Unterlagen enthält der gedrängte Jahresbericht des Hauptverbandes zur Genüge.

Wenn wir nun zu den rechnerischen Ergebnissen des Berichtsjahres übergehen, so dürfte es sich empfehlen, in diesen ersten Tagen sich nicht an die Ziffern des Jahres 1904 allein zu halten, sondern in einer Gegenüberstellung mit denen früherer Jahre zu demonstrieren, in welcher hohem Maße während des „neuen Kurzes“, der in Wirklichkeit nur der alte ist, der Verband zu einer der bedeutendsten Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands emporgestiegen ist. Die letzten zehn Jahre Verbandsgeschichte vergegenständlichen am deutlichsten, welche gewaltigen Veränderungen inzwischen zugunsten der organisierten Buchdruckergehilfen sich vollzogen haben, wobei man immer sich dessen bewußt sein möge, daß von Jahr zu Jahr sich innerlich wie äußerlich auch die Schwierigkeiten gesteigert haben, die einer Vertretung der Interessen unserer Mitglieder entgegenstanden. Diese zehn Jahre sind außerordentlich lehrreich für die gegenwärtige Situation im Verbands. Man erinnere sich einmal daran, daß mit Ausnahme von Leipzig — wo der erhöhte Sozialzuschlag einen größeren Widerstand der Prinzipale zeitigte — die Einführung des revidierten Tarifs von 1901 fast ohne persönliche Opfer der Gehilfen sich vollzog, daß 1886 bei 18 800 Gehilfen 6700 Lehrlinge gezählt wurden — was zur Schaffung einer Lehrlingskassa führte —, daß Ende 1894, als eine Begleiterscheinung des großen Kampfes von 1891/92, 35 000 Gehilfen 18 000 Lehrlingen gegenüberstanden, während nach der Statistik des Tarifamtes von 1903 bei rund 40 000 Gehilfen 9222 Lehrlinge ermittelt wurden. Ohne unsere neuzeitige Tarifgemeinschaft wäre es nicht möglich gewesen, zu einem solchen Resultate zu gelangen in einer Frage, die für die Existenz der Gehilfen zu den bedeutendsten gehört. Vergleicht man die Tatsache, daß in Berlin einstimmig gefaßte Tarifschiedsgerichts-urteile vom Hauptverbande ignoriert wurden, damit, daß die Prinzipalsleitung 1895 noch alle Bemühungen des Verbandsvorstandes, „endlich einmal wieder ein stabiles Verhältnis auf dem Lohngebiete herbeizuführen“, vereitelte, daß zu derselben Zeit, „Schiedsgerichtsentscheide, die in ordnungsmäßiger Weise gefaßt waren, durch den Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins einfach aufgehoben wurden“, und von diesem trotz der Provokationen seiner Mitglieder behauptet wurde, die Gehilfenschaft bzw. Verbandsleitung erschwere die Herbeiführung friedlicher Verhältnisse im Gewerbe, so ist es nicht schwer herauszufinden, wie sehr inzwischen sich die Verhältnisse zugunsten der Gehilfen verschoben haben, welcher Einfluß heute der Gehilfenschaft im Gewerbe erobert ist, und daß es geradezu sträfliche Oberflächlichkeit ist, davon zu reden, der Verband sei durch die Tarifgemeinschaft lahm gelegt oder würde durch sie der „Versumpfung“ entgegengeführt.

Lassen wir nun auch die Ziffern der letzten zehn Jahre reden. Danach betragen die hauptsächlichsten

Einnahmen und Ausgaben usw. (wir lassen in allen Fällen die Pfennige weg) in der Hauptkasse:

Jahr	Gesamt-einnahmen Mk.	Gesamt-ausgaben Mk.	Ueberschuß Mk.
1895	1065188	712268	352920
1896	1115163	813326	301837
1897	1272677	882617	390059
1898	1392048	879427	512821
1899	1586525*	1005097	581428
1900	1648099	1244195	403705
1901	1722171	1651200	70971
1902	1807184	1791050	16133
1903	1964953	1726358	238595
1904	2262806	1834823	427983

Ga. 15836814 | 12540361 | 3296452

* Einschließlich 123 600 Mk. aus der in den Verband überführten liquidierten bayerischen Invalidenkasse.

Unter den Einnahmen sind hervorzuheben:

Jahr	Eintritts-gelder Mk.	Beiträge Mk.	Zinsen Mk.
1895	3273	991699	37467
1896	3935	1063565	42663
1897	3289	1152543	47301
1898	3937	1269144	77161
1899	3942	1358008	75366
1900	4110	1493136	96334
1901	3479	1559174	106155
1902	3187	1682843	124340
1903	3908	1843232	117813
1904	4299	2068463	132058

Die hauptsächlichsten Ausgaben sind folgende:

Jahr	Reiseunter-stützung Mk.	Arbeits-loseunter-stützung Mk.	Nach § 2 und Un-angest. Mk.	Kranke Mk.	Invalide Mk.
1895	110842	97702	22781	326446	27381
1896	138491	127341	63043	327917	38810
1897	137388	132779	74688	348386	54575
1898	115177	141688	49154	372138	67949
1899	114882	159205	45062	453899	82632
1900	156320	267136	27615	508308	104996
1901	245939	513943	22978	537732	122109
1902	307006	590640	39342	538125	145780
1903	242857	542798	44687	583672	169308
1904	193627	514401	55129	674736	191509

Außerdem verausgabte der Verband in den Jahren 1895 bis 1904 an Begräbnisgeld 293060 Mk.

Der Kassenbestand der Hauptkasse betrug je am 31. März der Jahre: 1895: 578197 Mk., 1896: 931082 Mk., 1897: 1204141 Mk., 1898: 1594201 Mk., 1899: 2106822 Mk., 1900: 2688251 Mk., 1901: 3092155 Mk., 1902: 3163126 Mk., 1903: 3176849 Mk., 1904: 3428014 Mk., 1905: 3855993 Mk.

An Verwaltungskosten an die Gaue und in der Hauptkasse, Kosten für Agitation, Druck- und Buchbinderkosten, Kosten für Kongresse, Konferenzen und die Generalversammlungen, Beiträge an das internationale Sekretariat und an die Generalkommission wurden in den Jahren 1895 bis 1904 insgesamt 839631 Mk. verausgabt.

Für den Correspondent ist in den letzten zehn Jahren folgendes Bild zu entwerfen:

Jahr	Einnahmen Mk.	Ausgaben Mk.	Ueberschuß Mk.	Defizit Mk.
1895	35553	29348	6202	—
1896	42117	39270	2847	—
1897	43918	40755	3163	—
1898	47444	41025	6418	—
1899	49619	51060	—	1441
1900	48090	56882	—	8791
1901	48441	64073	—	15631
1902	50832	62657	—	11825
1903	51741	65120	—	13379
1904	55824	71744	—	15919

Das Defizit erklärt sich aus dem verbilligten Abonnement seit 1. Oktober 1899 und aus den erhöhten Postgebühren, womit auch ein Sinken der Einnahme verbunden war. Die Auflage des „Corr.“ ist von 10 000 in 1895 auf 28 300 Ende des 1. Quartals 1905 gestiegen. Wenn auch die gegenwärtige Redaktion seit 1896 bemüht war, nach Maßgabe ihrer Kräfte den „Corr.“ inhaltlich auszugestalten, und wenn sie ferner bemüht war, den Interessen der Kollegen zu dienen und ihren Wünschen gerecht zu werden, so konnte doch nicht ausbleiben, daß die von der Tendenz der gewerk-

schaftlichen Taktik des Verbandes beherrschte Haltung des „Corr.“ vielfach den Unwillen und zum Teile eine scharfe — und wir können sagen ungerechte — Kritik in Kollegenkreisen hervorrief, die sich in der letzten Zeit an einzelnen Orten derart steigerte, daß eine sachliche Auseinandersetzung im Verbandsorgane uns zur Unmöglichkeit gemacht wird, so daß wir es vorziehen müssen, an kompetenter Stelle das Urteil über die Tätigkeit der „Corr.“-Redaktion herauszufordern. In dem Bewußtsein, jederzeit das Beste für die Kollegenchaft gewollt zu haben, sehen wir diesem Urteile in vollkommener Ruhe entgegen.

Ueber den Mitgliederstand in den einzelnen Jahren geben nachstehende Ziffern ein lehrreiches Bild. Es waren Mitglieder vorhanden in den Jahren:

	1. Qu.	2. Qu.	3. Qu.	4. Qu.
1895:	18922	19591	19713	20510
1896:	20949	21866	21354	22522
1897:	22542	23074	22938	24376
1898:	24236	24749	24406	26377
1899:	25372	26158	26659	27187
1900:	27763	28733	29261	29587
1901:	30010	30863	31291	31731
1902:	32699	33697	34080	34588
1903:	35116	36264	36858	37341
1904:	37928	39367	39978	40580

Die Zahl der Druckorte, in welchen am Jahresabschlusse Mitglieder beschäftigt wurden, betrug: 1895: 837; 1896: 865; 1897: 899; 1898: 960; 1899: 963; 1900: 981; 1901: 1045; 1902: 1117; 1903: 1187; 1904: 1243.

Was in allem findet somit in den letzten zehn Jahren aus der Hauptkasse des Verbandes und an Unterstützungen für andere Arbeiter aus Mitgliederkreisen rund 14 Millionen Mark verausgabt worden. Hinzukommen noch die Zuschüsse aus den Gaue und Ortskassen zu den einzelnen Unterstützungsstellen, was mit etwa 4 Millionen Mark eher zu niedrig als zu hoch angegeben ist. Nur auf diese Weise ist es uns möglich gewesen, unter der wirtschaftlichen Misere die Mitglieder über Wasser zu halten, während es andererseits den in dem letzten Jahrzehnte begangenen Wegen des Verbandes zuzuschreiben ist, daß er zu einer solchen gigantischen Hilfeleistung befähigt war. Man kann wahrlich nicht bei einigermaßen Gerechtigkeit eine Taktik im Verbands beurteilen, die uns in dieser Weise vorwärts gebracht hat. Es ist für uns keine Frage, daß beispielsweise bei einer Taktik, wie sie die verflorenen Gewerkschaft empfahl, Rheinland-Westfalen nicht in zehn Jahren es von 1848 auf 3926 Mitglieder gebracht hätte oder Bayern von 1743 auf 3333 Mitglieder. Dessen muß man sich aber auch bewußt bleiben, daß die Lebens- und Existenzverhältnisse einer so großen, über das ganze Reich verstreuten Zahl von Organisationsangehörigen zu wahren ein weises Abwägen aller einschlägigen Verhältnisse erfordert, daß nicht Gefühle und Stimmungen, sondern die realen Tatsachen, wie wir sie auf dem Wirtschaftsmarkte und im Gewerbe vorfinden, bestimmend sein müssen bei allen Maßnahmen, die im Interesse des Verbandes getroffen werden.

Haben wir schon an anderer Stelle davon gesprochen, daß uns als Arbeiter auch die Solidarität mit den übrigen Arbeitern verbindet, so haben wir auch im letzten Jahrzehnte dies bei jeder Gelegenheit in praxi bezeugt. Mit nicht weniger als 99 747 Mk. sind allein aus der Hauptkasse andere Arbeiter in ihren Kämpfen unterstützt worden, und rund 400 000 Mk. sind außerdem bei den größeren Kämpfen (Maschinenbauer in England, Hafenarbeiter in Hamburg, Pöfelner Weber, Bergarbeiter in Oesterreich, Crimmitschauer Weber, Bergarbeiter im Ruhrrevier usw. usw.) anderen Arbeitern teils aus den Kassen der Gau- oder Ortsvereine oder durch freiwillige Sammlungen zu teil geworden. Damit ist aber die wirkliche Summe noch lange nicht erschöpft, denn zahlreiche Beiträge aus unseren Reihen lassen sich statistisch nicht feststellen. Also auch nach dieser Seite hin ist sich der Verband seiner solidaren Verpflichtungen bewußt geblieben, und bedarf es keiner besonderen Aufforderung zu einer solchen Betätigung auch in der Zukunft.

Wenn wir nun noch der Zentralinvalidenkasse i. B. gedenken, deren Verwaltung seit 1903 sich in Berlin befindet, so ist festzustellen, daß im Berichtsjahre 46169 Mk. verausgabt wurden. Am 31. Dezember 1904 waren noch 111 Invaliden und ein Vermögen von 518020 Mk. vorhanden. Beim Eintritte der Liquidation betrug die Zahl der Invaliden 347 und der Rassenbestand 1149786 Mk. Diese Ziffern sind insofern lehrreich, als aus der Verbandskasse zurzeit 491 Invaliden zu unterstützen sind; nach obigem Kapitalaufwande (einschl. Zinsen) kann jeder Kollege leicht schlussfolgern, welche Riesensumme aus der Verbandskasse festgelegt werden muß, um die dauernden Ansprüche der sich immer noch steigenden Zahl von Invaliden zu befriedigen.

So bietet denn der jüngste Jahresbericht des Hauptvorstandes eine Fülle ernstlichen Materials, wenn man es nur in Kollegenkreisen richtig würdigen wollte. Dann dürfte mancher Wunsch verstummen, der immer nur materielle Anforderungen an die Organisation stellt und es würde auch erkannt werden, daß unsere „Millionen“ nicht bloß dazu da sein können, kostspielige Experimente zu inszenieren, wie sie der Antrag Weber-Verein in Aussicht stellt. Was wir so oft gesagt und in der eindringlichsten Weise unseren Lesern vor Augen geführt, daß wir niemals vergessen dürfen, unser Augenmerk nicht nur auf die gewerblichen, sondern auch auf die gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse zu richten, um von da aus sichere Rückschlüsse für unser Handeln ziehen zu können, ist jetzt doppelt notwendig, im Bereiche unserer gewerbespolitischen Erwägungen zu berücksichtigen. Bei der wirtschaftlichen „Ordnung“, wie sie unter der privatrechtlichen Produktionsweise besteht, haben wir uns darauf einzurichten, in ungeschwächter Kraft auch Zeiten wirtschaftlichen Niederganges überstehen zu können, der heute bei unsrer großen Organisation weit mächtiger an die Tore pocht und von verhängnisvolleren Folgen sein kann, wenn wir denselben nicht mit dem nötigen Del in der Lampe erwarten können. Wie solche wirtschaftliche Erscheinungen auf eine Gewerkschaftsorganisation wirken, wird leider von den Mitgliedern nur zu leicht verstanden. Es wäre dem Verbands nicht möglich gewesen, dem Druck der Krise in den Jahren 1900 bis 1903 auf unsere Kollegen in der gegebenen Weise entgegenzutreten, wenn nicht die Wirkung der Verbandstaktik uns unterstützt hätte. Und wer befindet sich darüber noch im Zweifel, daß 1901 — in der „Hochkonjunktur“ der Krise — keinesfalls die materiellen Verbesserungen des Tarifes zu erzielen gewesen wären, wenn nicht ebenfalls der seit Jahren vom Verbands beschrittene Weg dies ermöglicht hätte. Wenn man sich ferner vergegenwärtigt, daß der Ueberschuß in der Hauptkasse von 581428 Mark im Jahre 1899 sich in 1900 auf 408705 Mark, im Jahre 1901 dagegen schon auf 70971 Mark und 1902 gar auf 16133 Mk. vermindert hatte — bei gleichzeitiger Schwächung der Gau- und Bezirksklassen —, so muß es jedem einleuchtend sein, daß solche Zeiten den Verband gerüstet finden müssen. Im übrigen sind — wie auch der Jahresbericht hervorhebt — die gewerblichen Verhältnisse gegenüber denjenigen, wie wir sie 1895 voranden, total verschieden, und immer neue gewerbliche Probleme drängen zu einer Lösung, die vielfach auf Kosten der Gehilfen geschehen würde, wenn es einer zersplitterten Politik, wie sie in der jüngsten Zeit sporadisch in Kollegenkreisen hervorgetreten ist, gelingen würde, diejenige Tätigkeit zu verneinen, die doch nichts weiter ist als die Konsequenz aus der historischen Entwicklung unseres Berufs. Mögen auch untergeordnete Fragen eine geteilte Beurteilung finden, mögen auch Personenfragen mit hineinspielen, so ist doch so nebenbei, daß darüber die großen Gesichtspunkte nicht vergessen werden dürfen, die die volkswirtschaftliche Bedeutung der Organisation ausmachen und aller Mitglieder Leben und Existenz in sich schließen. So haben wir in unserer verantwortungsvollen Stellung immer die Dinge beurteilt und danach

gehandelt, und wir halten es für notwendig, im Anschlusse an den Jahresbericht des Hauptvorstandes dieses programmatisch auszusprechen, auf daß jeder danach seine Entscheidung treffen kann.

Entscheidung der laut § 51 des Tarifes errichteten Schiedsgerichte.

(Veröffentlicht vom Tarifausschuss der Deutschen Buchdrucker.)

Kreis VIII (Berlin-Brandenburg).

Schiedsgericht Berlin.

Klageobjekt: Anerkennung der Maßregelung. **Sachverhalt:** Der Kläger hatte sich in der letzten Zeit veranlaßt gesehen, wegen Einstellung eines weiteren überzähligen Lehrlings eine Intervention des Tarifausschusses nachzusuchen. Auf den erfolgten Einspruch des letzten habe die Firma den Tatbestand zwar zugegeben, sich aber zur Entlassung des neu eingestellten Lehrlings nicht bereit gefunden. Darauf sei nochmals seitens des Tarifausschusses an die Firma herangetreten worden, dieselbe habe aber erklärt, an der Weiterbeschäftigung des Lehrlings festzuhalten und lieber aus der Tarifgemeinschaft auszuscheiden. Da somit die Streichung der Firma perfekt geworden sei, habe von dritter Seite eine Verhandlung mit der Firma stattgefunden, in welcher letzterer sich dieselbe bereit erklärte, von nun an neue Lehrlinge nicht früher einzustellen, als der Tarif dies gestattet; obwohl der Beklagte sich wegen der Beschwerde beim Tarifausschuss verlegt zeigte, gab er doch zu, Entlassungen deswegen nicht vorzunehmen. Da er (Kläger) Vertrauensmann der Gehilfen gewesen sei, so habe der Prinzipal ihn auch als den Urheber der Klage bezeichnet, und seine Entlassung sei lediglich eine Folge seiner pflichtgemäßen Aneignung.

Der Beklagte führt die Entlassung des Klägers auf andere Gründe zurück; er gibt an, daß die Entlassung des Klägers wegen einer Klatscherei erfolgt sei, die er im Geschäft verbreitet habe, und durch die er (der Beklagte) sich persönlich verlegt fühlte. Mit dem überzähligen Lehrlinge habe die Sache nichts zu tun, wenn er es auch für richtiger gefunden hätte, wenn seine Gehilfen, bevor sie aus Tarifausschuss gingen, sich erst mit ihm über die Frage einmal unterhalten hätten.

Entscheid: Dem Kläger ist der Schutz des Nachweises zuzupredigen; doch ist ihm aufzugeben, in ähnlichen Fällen seine Beschwerde erst bei der Firma, und dann, wenn die Vorstellung nutzlos war, bei den Kreisvertretern anzubringen.

Begründung: Die Schiedsrichter können aus der Darlegung des Beklagten nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß die Klatscherei, deren Urheber der Kläger obenrein nicht sein soll, den Grund zu der Entlassung gegeben habe; auch können sie eine Beleidigung des Prinzipals in diesem Klatsch nicht finden. Denn wenn behauptet worden ist, die Frau des einen Gehilfen habe unter Hinweis auf ihre bedrängte Lage und des Vorhandenseins mehrerer Kinder die Beschäftigungsbauer ihres Mannes verlängern wollen, so kann sich der Prinzipal dadurch nicht verletzt fühlen, auch dann nicht, wenn wie hier an der ganzen Sache nichts Wahres ist. Der Umstand aber, daß der Prinzipal auch den als Zeugen auftretenden ersten Seher entlassen hat, weil er den Beschwerdeführer beim Tarifausschuss nicht genannt hatte, ließ die Schiedsrichter die Ueberzeugung gewinnen, daß die Entlassung des Klägers mit der Beschwerdefache zusammenhänge.

Klageobjekt: Sieben Lohnstunden.

Sachverhalt: In der Sache ist schon einmal verhandelt worden, doch ist wegen Führung von Zeugen, die von den Parteien gewünscht wurde, die Unternehmung eines zweiten Termins nötig geworden. Der Kläger war von der Firma mitten in der Arbeitszeit entlassen worden, weil er mit einem Arbeitskollegen, und zwar wiederholt, in Streit geraten war. Im ersten Termine machte der Beklagte als Grund für die sofortige Entlassung geltend, daß der Zank zu Tätlichkeiten ausgeartet wäre, wenn nicht der Faktor rechtzeitig zwischen die Parteien getreten wäre. Einen solch heftigen „Kraut des Zankes“ bestreitet der Kläger, und zur Feststellung des Tatbestandes sollten Zeugen von beiden Parteien geladen werden. Dieselben sind im zweiten Termine erschienen. Aber der Faktor als Zeuge und als Vertreter der Firma kann den Beweis für die vorhandenen Anzeichen eines Ausbruches von Tätlichkeiten nicht erbringen, sondern erklärt nur, daß es dazu hätte kommen können, wenn er den Kläger nicht sofort entlassen hätte. Die anderen Zeugen gaben an, daß der Streit ein sehr heftiger war, halten den Uebergang zu Tätlichkeiten aber für ganz ausgeschlossen.

Entscheid: Die Firma ist verpflichtet, dem Kläger die sieben Lohnstunden nachzugeben.

Begründung: Der Kläger war mit täglicher Klindigungsfrist engagiert, konnte also am Abende eines Arbeitstages entlassen werden; er wurde aber bereits nach zweistündiger Arbeit entlassen, weil er mit einem Arbeitskollegen in Zank geriet. Es ist festgestellt, daß dabei auf beiden Seiten sehr scharfe Worte gefallen sind, nicht aber ist der Beweis erbracht, daß der Zank einen solchen Charakter angenommen hatte, daß im Interesse der geordneten Fortführung des Betriebes eine sofortige

Entlassung geboten war; die Entlassung konnte ebenso gut am Abende des Tages erfolgen, und zwar um so leichter, als der Partner des Klägers infolge des Zankes seine sofortige Entlassung beantragt und auch bewilligt erhalten hatte. Die Gelegenheit zur Fortführung des Streites war für den Kläger für die übrige Zeit des Entlassungstages sonach nicht mehr vorhanden, so daß also auch eine Störung des Betriebes nicht mehr zu befürchten war.

Klageobjekt: Vier Tage Lohn.

Sachverhalt: Der Kläger war vom 20. Oktober bis 10. November bei der Beklagten beschäftigt; an dem letzten Tage wurde dem Kläger der Bescheid: morgen Mittwoch ist nichts zu tun, Sie können am Donnerstag aber wieder anfangen. Als Kläger am Donnerstag zur Arbeit antrat, wurde ihm gesagt, daß noch nichts zu tun sei, er möge am andern Morgen wiederkommen. Dies tat der Kläger auch, jedoch mit demselben Resultate. Am Sonnabende derselben Woche ging er wieder hin, um seinen noch für zwei Tage rückständigen Lohn zu holen, wobei er aber dann gleichzeitig seine Papiere empfing. Demgegenüber beantragte der Kläger nun auch Entschädigung für die Wartezeit, wurde von der Firma aber abgewiesen.

Entscheid: Die Firma ist verpflichtet, dem Kläger jene vier Tage Lohn nachzugeben.

Begründung: Das Schiedsgericht ist der Meinung, daß nach gewerbetreibendem Brauche erst durch Uebergabe der Papiere die Entlassung eines Gehilfen aus dem Arbeitsverhältnisse bewirkt wird; denn solange der Gehilfe sich nicht im Besitze derselben befindet, ist es ihm genommen, anderweit in Stellung zu treten. Die Beklagte hat dem Kläger ein etwa tagelanges Aussetzen angeraten und hat denselben durch mehrere Tage hindurch auf Wiederbeschäftigung vertröstet. Mit dem entschädigungslosen Aussetzen war der Kläger einverstanden, dies jedoch nur unter der Bedingung der Wiederbeschäftigung am nächsten oder an den nächstfolgenden Tagen. In Rücksicht auf die in Aussicht gestellte Wiederbeschäftigung unterließ der Kläger auch, sich anderweit nach Stellung umzusehen, oder sich auf dem Arbeitsnachweise als Stellungslos eintragen zu lassen. Nachdem die Firma den Kläger nach viertägigem Warten entließ, gab sie demselben zu verstehen, daß sie ihr Versprechen auf Weiterbeschäftigung nicht halten könne. Bis zu diesem Tage aber galt der Kläger als bei der Beklagten noch im Arbeitsverhältnisse stehend, obwohl er täglich entlassen werden konnte. Letzteres aber hat die Firma nicht zugegeben, sondern behielt dem Kläger den Lohn für zwei geleistete Arbeitstage sowohl als die Papiere zurück. Gerade das Zurückbehalten der beiden Lohnstage spricht dafür, daß die Firma den Kläger sich zur Verfügung halten wollte. War eine Lösung des Arbeitsverhältnisses sonach nicht erfolgt, so war die Firma nach § 33 des Tarifes verpflichtet, den Kläger bei unzureichender Arbeit zu entschädigen.

Klageobjekt: Antrag auf Maßregelung.

Sachverhalt: Ueber die Angelegenheit wird zum zweitenmale verhandelt. Die Beklagte Firma ist zum Termine nicht erschienen, hat sich aber schriftlich dahin geäußert, daß die Entlassung des Klägers mit der Beschwerde des Klägers an das Tarifausschuss, betreffend nichttarifmäßiger Entlohnung zweier Gehilfen in keinem Zusammenhang stehe. Aus dem Schreiben der Firma, das dieselbe zum ersten Termine an das Schiedsgericht gelangen ließ, geht auch hervor, daß sie einen andern Gehilfen und nicht den Kläger in Verdacht hatte, Beschwerde geführt zu haben. Die Firma will den Kläger vielmehr nur deshalb entlassen haben, weil er als Vertrauensperson des Geschäftes den Gehilfen gegenüber nicht die gebührende Stellung einzunehmen verstanden hätte.

Entscheid: Der Kläger ist mit seinem Antrage auf Anerkennung seiner Maßregelung abzuweisen, wird aber den Kreisvertretern zur wohlwollenden Berücksichtigung auf den Arbeitsnachweisen empfohlen.

Begründung: Für das Vorhandensein einer Maßregelung fehlt jeder Beweis; die bloßen Mutmaßungen des Klägers reichen zur Begründung eines solchen Antrages nicht aus, dessen Ummahme schließlich die Streichung der Beklagten Firma durch das Tarifausschuss zur Folge haben müßte. Das Schiedsgericht erkennt daher an, daß der Kläger bemüht gewesen ist, angeblich tarifwidrige Zustände zu beseitigen, und daß er in dem Glauben sich befinden konnte, daß seine Entlassung damit zusammenhänge.

Klageobjekt: 5,95 Mk. Lohnabzug für Material.

Sachverhalt: Der Kläger hatte zwei Maschinen zu beaufsichtigen, die jede eine 18seitige Form mit 6600 Auflege zu drucken hatte; während der Kläger den Druck der einen Maschine prüfte, riss an der zweiten eine Auflegeschnur, ließ über die Form und zerquetschte auf acht Seiten eine Anzahl Maschinensatzzeilen. Eine Bogenschnur war nicht an der Maschine. Mit diesen zerquetschten Zeilen gingen 330 Bogen durch die Maschine, wofür die Firma den Selbstkostenpreis für das Papier dem Kläger in Abzug brachte.

Entscheid: Die Firma ist verpflichtet, den abgezogenen Betrag dem Kläger nachzugeben.

Begründung: Der Kläger hatte zwei Maschinen während des Druckes zu beaufsichtigen; wenn nun an der einen Maschine 330 Bogen Materialur gedruckt wurden, für die die Maschine nur 15 Minuten Zeit gebrauchte, so kann das Schiedsgericht nicht anerkennen, daß der Kläger diesen Materialurdruck unbedingt verhindern konnte. Der

Kläger gibt auch an, daß er an der zweiten Maschine durch das Herunterbrücken von Spießen und andere Verrichtungen länger als sonst aufgehalten gewesen wäre, eine Behauptung, welcher der Vertreter der Firma zwar widerspricht, aber von der er auch das Gegenteil nicht beweisen kann. Das Schiedsgericht stellt sich aber auf den Standpunkt, daß die Beklagte den Maschinendruck verhindern konnte durch das Beschäftigen einer Vogenfängerin, und daß wegen Fehlens einer solchen Hilfskraft der Maschinenmeister für den entstandenen Schaden nicht verantwortlich gemacht werden kann.

Klageobjekt: Tarifwidrige Arbeitsniederlegung. Ertrag für veräumte Arbeitszeit.

Sachverhalt: Bei der Klägerin war ein Maschinenmeister beschäftigt, der zunächst auf 14 Tage beurlaubt war, hieran anschließend aber noch für mehrere Wochen eine Heilanstalt besuchte. Nach erfolgter Entlassung aus dieser Anstalt stellte er sich wieder zur Arbeit bei der klagenden Firma ein, wurde aber zunächst abgewiesen, da keine Vakanz vorhanden war. Als nun wenige Tage darauf zwei neue Maschinenmeister zur Einstellung kamen, wurden die Vertrauensleute der Maschinenmeister beim Obermeister wegen Einstellung des gesund gemeldeten Maschinenmeisters vorstellig; dieser lehnte die Einstellung aber ab, und nun wendeten sich die Vertrauensleute an den Direktor, der sich aber zunächst nicht sprechen ließ. Als schließlich dennoch eine Unterbrechung mit diesem zustande kam, erklärte sich dieser bereit, die Einstellung des betreffenden Maschinenmeisters innerhalb sechs Tagen bewirken zu wollen, während die Vertrauensleute auf sofortiger Wiedereinstellung bestanden. Während der Verhandlung der Vertrauensleute mit der Firma ruhte die Arbeit im Maschinensaal, und sie wurde erst wieder aufgenommen, nachdem die sofortige Einstellung des betreffenden Maschinenmeisters zugesprochen worden war. Auf Vorhalt der Schiedsrichter gaben die beklagten Gehilfen zu, daß ihr Vorgehen ein tarifwidriges war, und es erklärten die Vertrauensleute, daß das Personal erbitte, gewesen sei über die Art, wie sie vom Obermeister bei Vortrag ihrer Sache behandelt worden seien, wie überhaupt der Verstoß des Obermeisters mit ihnen viel zu wünschen übrig ließ. Die Vertrauensleute hätten dann die Macht über ihre Kollegen verloren.

Entscheid: Die beklagten Gehilfen haben mit Aussetzung der Arbeit während 1½ Stunden den Tarif verletzt und sind verpflichtet, die veräumte Arbeitszeit entweder in Ueberarbeit ohne Extrastundenentschädigung nachzuholen oder haben sich die veräumte Arbeitszeit vom Lohn abziehen zu lassen.

Begründung: Die Gehilfen haben die begangene Tarifverletzung selbst zugegeben, für welche das Schiedsgericht mildere Umstände als vorhanden ansieht. Es nimmt an, daß die Gehilfen der Meinung waren, sich mit ihrem Verlangen in einem gewissen moralischen Rechte zu befinden, und daß sie aus diesem Empfinden heraus in eine Erregung geraten sind, die sie das Tarifwidrige ihrer Handlungsweise übersehen ließ. Das Schiedsgericht ist nicht der Ansicht, daß sich die Firma mit vorläufiger Abweisung des wieder eintretenden Maschinenmeisters im Rechte befinden hat. Derselbe war beurlaubt, nicht aber entlassen worden, und hatte deshalb bei seiner Annahme das Recht auf Beschäftigung. Zum Beweise, daß seine Entlassung nicht erfolgt war, diente dem Schiedsgericht die Tatsache, daß Krankentafelbuch und Invalidentafel während der Abwesenheit des Maschinenmeisters im Besitze der Firma geblieben waren. Der Maschinenmeister hatte tägliche Kündigung; die Firma mußte denselben deshalb bei seiner Wiedereinstellung entweder einen Tag beschäftigen, oder sie mußte ihm für diesen einen Tag den Lohn auszahlen.

Zur Entschädigung für die ohne Entschuldigungsveräumte Arbeitszeit sind die beklagten Gehilfen gemäß § 33 letzter Absatz verpflichtet.

Zu übrigen ist festgestellt worden, daß der Obermeister sich wiederholt in nicht einwandfreien Ausdrücken den Maschinenmeistern gegenüber bewegt hat. Das Schiedsgericht ist daher der Ansicht, daß die mit der Leitung betrauten Beamten einer Buchdruckerei gut tun, sich eines gemäßigten Tones zu bedienen, um dem Personale nicht Gelegenheit zu unnützen Erregungen zu geben.

Korrespondenzen.

Berlin. (Verbandsversammlung vom 3. Mai.) Die ungemein stark besuchte Versammlung beschäftigte sich ausschließlich mit der Aufstellung von Kandidaten zur Generalversammlung und wurden die folgenden Kollegen auf die Kandidatenliste gebracht: Albrecht, Albrechts (Korrektor), Ebel, Engel (Drucker), Faber, Maschmann (Gießer), Giesecke, Grewilck (Gießer), Heinrich, Homann (Stereotypist), Jöcher (Drucker), Kraetz (Drucker), Martini, Maschmann, Oberg, Pilz, Quitt (Maschinenseher), Rauput, Schellbach (Stereotypist), Schellbach, Siggelow, Stolle, Teypper (Drucker), Thiele, Wachs, Weber, Wonnig, Jöps (Maschinenseher). Von diesen 28 Kollegen sind 20 zu wählen. Die Auszählung der Stimmzettel findet am Dienstag, abends 6 Uhr, bei Hennig in der Seydelstraße 10 statt, und wurden die Vertrauensleute ersucht, Delegierte zum Zählen zu entsenden, und zwar möglichst zahlreich, da die zu bewältigende Arbeit eine große sei. Unter Vereinsmitteilungen wurde noch bekannt gegeben, daß die Gewerkschaftskommission die 3400 Mk., die uns die Klavierarbeiter von einem vor Jahren gegebenen Darlehen von

5000 Mk. noch schuldeten, jetzt bezahlt habe. Vor Eintritt in die Verhandlung hatte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen: Carl Anner, Max Berndt (Seher), Ernst Borchardt, Franz Lechner, Hermann Kohnert (Drucker) und Wilhelm Decker (Gießer) in der üblichen Weise geehrt. Ausgetreten: die Seher Richard Simon, wegen Berufsveränderung Carl Grewie und August Kieß. Ausgeschloffen wurden die Seher: Gustav Wiers, Gustav Bachmann, Max Baumann, Edmund Berner, Adolf Blankenstein, Willy Bogula, Gustav Kallner, Gustav Dubzinski, Gerhard Emde, Adolf Fisch, Wilhelm Gottschalk, Paul Häufeler, Erich Jung, Adolf Kempf, Emil Kießer, Ernst Krause, Jidbor Kurh, Karl Kuhnner, Richard Link, Carl Mannberg, Adolf Mantus, Paul Marquardt, Leopold Prager, Wilhelm Probst, Emil Rahn (Baumann & Bodekow), Karl Reimann, Heinrich Reimer, Karl Rühlke, Paul Siebenecker, Paul Schallipp, Paul Schmidt aus Charlottenburg, Paul Scholz aus Sprolttau, Emil Theobald, Wilhelm Beter, Ernst Wolff, Willy Zieger; die Drucker: Fritz Grollmisch, Erich Hoffmann, Max Kube, Franz Streblow; die Prinzipale: Paul Silbort und Leopold Wenglowicz. Invalide geworden sind die Seher Franz Seher und Emil Kubauch.

Breslau. Ueber die Verhandlungen des Gantages erstatteten die Kollegen Härtel, Gelle, C. Schmidt und Siebert in der Versammlung am 5. Mai Bericht. Ein näheres Eingehen darauf erübrigt sich durch den inzwischen erschienenen Gantagesbericht. Hervorgehoben wurde das gute Einvernehmen, das sich zwischen Provinz und Vorort zeigte, und mit Befriedigung wurde konstatiert, daß die Anwesenheit eines Mitgliedes des Hauptvorstandes sich als sehr fördernd für die Verhandlungen erwies, da die gegebenen Aufklärungen und das beigebrachte Ziffernmaterial die Debatte außerordentlich abkürzte. Dem Gauverwalter wurde hierauf Deschage erteilt, dem Gauvorstande für seine erspriessliche Tätigkeit Dank gezollt, und derselbe in seiner bisherigen Zusammenfassung auch wieder zur Neuwahl empfohlen. Eine Befriedigung der Anträge zur Verbandsgeneralversammlung leitete Kollege Härtel durch ein zusammenfassendes Referat ein. Die Unterstützungsfähigkeit betreffend, beleuchtete letzterer die Anträge, welche über das Erreichbare hinausgingen, und die Erfolg versprechenden, dabei erklärend, daß auch bei Annahme nur einiger, größere Ausgaben erfordernder, mit einer Beitragserhöhung gerechnet werden müßte. Eine Aufhebung der Gauzuschnitten sei wohl noch nicht zu erhoffen, so erstrebenswert auch eine einheitliche Unterstützung sein möge. In tariflicher Beziehung sei einer Veränderung der Taktik bei Einbringung von Anträgen, wie sie Stuttgart beantragt, nur zu empfehlen. Einen Abschluß des Tarifvertrages zwischen Prinzipals- und Gehilfenorganisation müßte erst noch eine größere Verringerung der Nichtmitglieder vorausgehen. Für eine Zusammenfassung der Generalversammlung aus Delegierten und Gauvorsitzern könne man sich auch erklären. Am Schlusse seines Referats zum „Corr.“ kommend, erklärte Redner (wie auch die folgenden), daß er Kollegen Reghäuser auf seinem Posten erhalten wissen will; dringend zu wünschen wäre es aber, daß ein freundlicheres Verhältnis zwischen Kollegen Reghäuser und den Mitgliedern eintrete, wogegen ersterer auch beitragen könne durch Vermeidung unnötiger Schärfe gegen Kollegen, abgesehen natürlich von Fällen, wo grobe Angriffe oder das Interesse des Verbandes energische Zurückweisung erfordern. Aus den Versicherungen verschiedener Redner ergab sich, daß die in den Berichtigungen aus Berlin und Leipzig geschilberten, energischen Protest herausfordern Verhältnisse unter den Mitgliedern große Zustimmung hervorgerufen. Wenn man in Berlin von Absonderung spreche, so sollte man doch nicht vergessen, daß es nicht nur aus eigener Kraft stark sei. Letztere beruhe doch mit darauf, daß durch den Verband in der Provinz andauernd die Verhältnisse zu bessern gesucht werden, dadurch werde das Zustromen in die Großstadt eingedämmt, und so der Großstadt wieder Bewegungsfreiheit zu weiterem Vorwärtsschreiten gegeben. Die Versammlung bewilligte sodann die Kosten des Familienabends mit 198,50 Mk. und genehmigte die Verlegung des Stiftungsfestes auf den Stiftungstag, den 28. Mai. Das Johannistfest wurde für den 16. Juli in Aussicht genommen.

Düsseldorf. (Korrektorenverein.) Dem Aufrufe der Zentralkommission der Korrektoren Deutschlands Folge gebend, konstituierte sich am 7. Mai unter Beisein des Bezirksvorsitzenden Born ein Korrektorenverein. Von den am Orte tätigen etwa 20 Kollegen hatte leider nur eine kleine Anzahl der Einladung zu einer Befriedigung Folge geleistet; von den Nichtverbandsmitgliedern war überhaupt niemand erschienen. An diese sowie auch an die in den umliegenden Druckorten beschäftigten Kollegen richtete sich das Ersuchen, endlich ihre Lethargie abzuschütteln und sich der Spezialorganisation anzuschließen. Jede Auskunft erteilt und Anmeldungen nimmt entgegen: C. Fröpper, Wilferstraße 204 11.

Frankfurt a. M. (Mitgliederversammlung.) Diesmal machte der Vorstand von seinem gestrigen Beschlusse Gebrauch, präzis mit den Verhandlungen zu beginnen. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten teilte der Vorsitzende das Ableben des Schweizerdegen Adam Koberbach mit, dessen Hinscheiden durch Erheben von den Sigen geehrt wurde. Die Versammlung gab ferner ihre Zustimmung zur korporativen Mitgliedschaft des Bezirks Frankfurt bei der Typographischen Gesellschaft. Infolge der Schillerfesttage trat eine Verschiebung des Maiestes ein, doch sind Karten noch in genügender

Zahl zu haben. Einen recht beifällig aufgenommenen Vortrag „Ueber die Bedeutung der Maieste“ hielt der aus dem graphischen Berufe hervorgegangene Arbeitersekretär Ed. Gräf, welcher in der Vertiefung der Arbeitszeit eine der wichtigsten Fragen erörtert, die bei den künftigen Verhandlungen die Buchdrucker als Hauptforderung auf ihr Programm setzen müßten. Eine Diskussion knüpfte sich nicht daran, so daß man mit der Aufstellung von Kandidaten zur Vertreterwahl für die Ortskrankenkasse in der Beratung weiter fahren konnte, nachdem auch hierzu einige Winke und Ratsschlüsse bezüglich des Wahlmodus durch Herrn Gräf gegeben wurden. Ein Antrag der Vertrauensleute: „Mitglieder des Bezirks- oder Gauvorstandes können nicht als Vertrauensleute gewählt werden“, fand keine Zustimmung, während der Antrag des Kollegen Guthardt: „Zur Teilnahme an den Vertrauensmännerkassen sind zur Entsendung von Delegierten sämtliche Druckereien berechtigt, bei mehr als fünf Mitgliedern sind dieselben zur Wahl eines solchen verpflichtet, der außerdem Druckereifachmann sein soll. In Offizinen mit mehr als 20 Gehilfen können Vertrauensleute für jede Abteilung gewählt werden. Bei Fehlen in drei hintereinanderfolgenden Sitzungen ist eine Neuwahl vorzunehmen. Im Verhinderungsfalle hat derselbe einen Stellvertreter zu senden; die Vertrauensmänner sind zum Erscheinen in den Versammlungen verpflichtet“, abgelehnt wurde. Eine lebhafteste Debatte und starken Widerspruch fand der Antrag des Kollegen Porten, der besagt, daß für die Folge von Seiten des Verbandes nur das Johannistfest gefeiert werden solle; alle anderen Veranstaltungen, als Weihnachtstreffen, Frühlingsfeste usw., sollen dem Gesangsvereine „Gutenberg“ überlassen werden. Die Aussprache war reichlich, die Meinung geteilt. Es steht außer allem Zweifel, daß bei allen Veranstaltungen immer der „Gutenberg“ den Voranteil trage, dagegen eine nur sehr geringe Sympathie seitens der Verbandsmitglieder geniesse. Bei Annahme dieses Antrages würde man denselben zu finanziellen Opfern zwingen, die der Verein allein aufzubringen nicht imstande sei, weil das Interesse vieler Kollegen für den „Gutenberg“ fehle. So lange noch Duzende von stimmbegabten Kollegen sich in anderen Vereinen befinden, statt dem ihnen am nächsten stehenden anzugehören, mag wohl auch der Umstand dafür sprechen, daß viele dieser Kollegen in so kleinen Vereinen tonangebende Rollen spielen und aus purer Eitelkeit schwer zu einem Wechsel zu bewegen sind. Man würde dem „Gutenberg“ damit etwas aufhalsen, was ihm später zum Nachteil wäre. Johannistfest und Weihnachtstreffen waren von jeder richtige Verbandsfeste, die wir auch in Zukunft so weiter feiern wollen mit Unterstützung des „Gutenberg“. Sorgen wir alle durch eine planmäßige Agitation, dem „Gutenberg“ recht viele passive Mitglieder zuzuführen. Der Antrag Porten wurde sodann mit großer Mehrheit abgelehnt. Unter Verschiedenem nahm Kollege C. Dominé das Wort, um Verwahrung dagegen einzulegen, daß die „Mitteilungen“, die doch Verbandszwecken dienen sollen, zu derartigen Reklamen benutzt würden, wie es in der letzten Nummer der „Mitteilungen“ geschehen sei, und suchte in längeren Ausführungen die angeführten Ziffern der Lehrschrift, die Gratistlieferung der Johannistgedruckten sowie die Haltung der Maschinenseherkollegen zu rechtfertigen. Der Vorsitzende Guthardt erwiderte darauf, daß Kollege Dominé durch seinen Artikel den Vorstand zu einer Entgegnung gezwungen habe; da die Angelegenheit örtlicher Natur war, nahmen wir das Wort zur Entgegnung nicht im „Corr.“, sondern in unseren „Mitteilungen“. Er habe die feinsten Leberzeugung, daß die Entgegnung des Vorstandes wesentlich zur Aufklärung beigetragen habe. Die übrigen angeführten Punkte seien nackte Tatsachen, die sich eben nicht wegdisputieren ließen. Kollege Dorsch vertrat auch die Anschauung, daß der Vorstand zu einer Erwiderung in den „Mitteilungen“ wohl berechtigt war. Tatsache sei, daß die angeführte Druckerei schon seit Jahren den Tarif verlege und Herr B. ein alter Tarifkämpfer sei. Kollege Dominé meinte, daß man auch hier eine gewisse Taktik befolgen müsse; es sei sehr schnell, eine Firma aus dem Tarifverzeichnis gestrichen, aber doppelt schwer, dieselbe wieder zu gewinnen. Schließlich nahm man den Antrag des Kollegen Schiebel an, den Artikel „Zur Aufklärung“ dem „Corr.“ als Entgegnung einzuschicken.

gl. Gotha. (Ortsvereinsversammlung vom 6. Mai.) Nach Aufnahme sechs neuer Mitglieder, wodurch der Stand auf über 100 gestiegen ist, wurde über die Verhandlungen des Gantages von den Kollegen Balz und Langloz eingehend berichtet. Hierauf referierte der Kollege Ethörfer über das Thema „Kündigung oder Revision des Tarifes“. Er gab ein anschauliches Bild über die historische Entwicklung unseres Tarifwesens von dessen Anfängen bis in die neueren Zeiten und wies auf die dabei gemachten reichen Erfahrungen hin, die ein weiteres Vorwärtsschreiten auf der alten Bahn mit zwingender Notwendigkeit von uns erforderten. Zu der anschließenden, erschöpfenden Debatte äußerte man sich allseitig zustimmend. Man war der Meinung, daß man alle bisher erzielten Erfolge einzig auf das Konto des gegenwärtigen Wirkens der Tarifgemeinschaft zu setzen habe, daß aber bei Durchführung der Berliner Vorschläge zur Kündigung des Tarifes diese Erfolge sofort in Frage gestellt seien und langwierige, mühselige Arbeit mit einem Schläge illusorisch gemacht würde — für eine Laune. Der Standpunkt der Berliner könne nicht verstanden werden; wohl herrschten dort eigenartige Verhältnisse, den Sinn für die Allgemeinheit aber so gänzlich zu verlieren, sei

unfaßbar. Man müße sich wundern, daß dem schweren Ringen der Provinz zur Erzielung besserer Verhältnisse so wenig Verständnis entgegengebracht würde. Bekäme der Berliner Antrag Geltung, so wäre so manchem nur dem Zwange der obwaltenden Umstände nachgebenden Prinzipale der größte Gefallen erwiesen; nicht Kündigung, sondern Revision des Tarifes könne die Durchführung der notwendigen Verbesserungen gewährleisten, und eine Resolution in diesem Sinne fand einstimmige Annahme. Anschließend hieran streifte noch der Vorsitzende die neuesten Vorgänge. Die Berliner wie die Leipziger Versammlungen zeigten ein und dasselbe unerbauliche Bild: Aufhäufeln von an sich untergeordneten Vorgängen zu Staatsaktionen und Stimmungsmache. Seiten wohl Fehler gemacht worden, so rechtfertige nichts die Art und Weise des Vorgehens, und es sei tief zu bedauern, daß man einschneidende, taktische Fragen eine Behandlung zu teil werden lasse, die sehr an frühere Zeiten erinnere, und es sei höchste Zeit, hiergegen einzuschreiten. Eine Resolution folgenden Inhaltes fand gegen eine Stimme Annahme: Die Versammlung hält es für ihre Pflicht, die Mitgliedschaften Berlin und Leipzig zu veranlassen, in der Behandlung von für den Verband so eminent wichtigen Fragen andere Formen zu wählen. Die in den letzten Versammlungen dieser Mitgliedschaften eingenommene Stellung läßt eine ruhige, sachliche Verbandsarbeit sehr vermessen, weshalb denselben anheimgegeben sei, sich ihrer Verantwortlichkeit als führende Kollegenchaften mehr bewußt zu werden. Einer Anregung, in Verbindung mit der Bezirksversammlung ein Bezirksjohannisfest in Langensalza abzuhalten, wurde nicht beigetreten, da die hierzu nötige Zeit wohl nicht vorhanden sein werde. Sei es schon erwünscht, ein derartiges Fest zu feiern, so könne es doch für sich und zwar am Vororte abgehalten werden. Nach Erledigung mehrerer örtlicher Angelegenheiten fand die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Hg. Hannover. In der am 2. Mai abgehaltenen Versammlung wurde die schon in der vorigen Versammlung besprochene Angelegenheit betreffs der mitleidigen Verhältnisse in der Gulemannschen Druckerei nochmals zur Sprache gebracht und dabei gerügt, daß der Vorstand dem gefassten Beschlusse nicht nachgekommen sei, wonach mit dem Faktor der genannten Druckerei Rücksprache genommen werden sollte, um eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Infolge des dort herrschenden Materialmangels sei es namentlich für Neuanfangende sehr schwer, im Berechnen auch nur das Minimum zu verdienen, und es komme häufig vor, daß Kollegen schon nach einigen Tagen wegen angeblich mangelhafter Leistung wieder entlassen würden. Es sei so weit gekommen, daß die Kollegen, die einmal dort gestanden haben, sich weigern, in genannter Druckerei noch einmal in Kondition zu treten. Die Geschäftsführung des Faktors sei eine so wenig sachmännische, daß man sich wundern müsse, daß nicht seitens des Prinzipals eine Verringerung herbeigeführt werde. Dies alles könne sehr wohl geändert werden, wenn nur der Faktor den guten Willen dazu zeige. Ebenso müsse er veranlaßt werden, bei Bedarf an Arbeitskräften den Arbeitsnachweis zu benutzen. Die Angelegenheit wird im Auge behalten und zu gegebener Zeit einmal ein ernstes Wort mit der Geschäftsführung gesprochen werden. Eine weitere Veranlassung zu längerer Diskussion bildete das vor kurzem gefeierte 50jährige Jubiläum des Seniorfests der Firma Gebr. Jäncke, Herrn Kommerzienrates Jäncke. Die Mitglieder dieser Druckerei hatten an die Liebertafel „Typographia“ das Ersuchen gerichtet, den offiziellen Teil dieses Festes durch einige Gesangsvorträge verschönern zu helfen. Die Liebertafel ist diesem Wunsch nachgekommen, und auch der Vorstand des Lokalvereins hat es aus taktischen Gründen für seine Pflicht gehalten, dem Jubiläum zu diesem Ereignis zu gratulieren. Die Versammlung war damit jedoch nicht einverstanden, und wurde von einigen Mitgliedern das Verhalten des Vorstandes sowohl wie die Mitwirkung der Liebertafel in abfälliger Weise kritisiert. Man war der Meinung, daß in Anbetracht des seit einer Reihe von Jahren gegen Verbandsmitglieder dieser Druckerei geübten rigorosen Vorgehens — was namentlich dadurch zum Ausdruck kam, daß nach dem großen Streik die bei Jäncke konditionierenden Verbandsmitglieder bei Androhung des Verlustes der Kondition veranlaßt wurden, aus dem Verbands auszutreten — gerade der Kommerzienrat Jäncke am wenigsten Anspruch darauf habe, von Verbandsmitgliedern beglückwünscht und besungen zu werden. Seitens der Vorsitzenden des hiesigen Lokalvereins und der Liebertafel wurde hervorgehoben, daß die Verhältnisse in der Jänckeschen Druckerei augenblicklich keinen Grund zu Klagen geben, und man hoffe, durch die dargebotenen Quationen das augenblicklich erträgliche Verhältnis zwischen Geschäftsführung und Personal auf die Dauer zu erhalten und zu verbessern. Wir wünschen aufrichtig, daß diese Hoffnung nicht zuschanden werde. Den zweiten Punkt der Tagesordnung bildete die Besprechung der Anträge zu dem bevorstehenden Gantage. Eine Wiederergabe der Besprechung können wir uns ersparen, da die paar vorliegenden Anträge nicht von so weittragender Bedeutung sind. Hervorzuheben wollen wir nur den in der Diskussion angesprochenen Wunsch, daß die Verbandskasse zur Bestreitung der Agitationskosten stärker als im Jahre 1904, in dem die Verbandskasse mit nur 26,90 Mk. Agitationskosten für den ganzen Gau belastet ist, in Anspruch genommen werde. Zur Wahl von Delegierten zum Gantage wurden

29 Kandidaten aufgestellt, von denen 19 zu wählen sind. Bei der nun folgenden Aufstellung von Kandidaten zur Generalversammlung erklärte Kollege C. Rosenbruch, daß er in diesem Jahre wegen der Teilnahme an dem in Stuttgart stattfindenden Genossenschaftstage auf ein Mandat zur Generalversammlung verzichten müsse. Zum Schluß wurden noch die untarifrigen und die Mitgliedschaft schädigenden Verhältnisse in der Druckerei des Stephansstiftes einer Kritik unterzogen. In einer vor kurzem gebrachten Notiz im „Corr.“ wurde gesagt, daß der Ortsverein Hannover des Gutenbergbundes aus ganzen drei Mitgliedern bestehe; darauf berichtete der „Typograph“, daß der Ortsverein Hannover nicht drei, sondern sieben Mitglieder zähle. Wie nun der Ortsverein Hannover des Gutenbergbundes aussieht, zeigt folgendes: Von den angeblich sieben Mitgliedern arbeiten drei in der Stadt Hannover, zwei sind beim Militär und zwei arbeiten in zwei verschiedenen Städten der Provinz Hannover. Auch eine Methode, um einen Ortsverein „groß“ erscheinen zu lassen.

Heidelberg. (Versammlungsbericht vom 6. Mai.) Da der seitherige Schriftführer aus wenig stichhaltigen Gründen sein Amt niederlegte, wurde an dessen Stelle Hermann Schmitt gewählt. Zur Aufnahme gelangten vier Kollegen, während in der Versammlung vom 15. April fünf Neuanfänger beitraten. Aus dem vom Vorsitzenden erstatteten Bericht über das erste Quartal ging hervor, daß dasselbe in finanzieller Hinsicht ein gutes war, da über 700 Mk. an den Verkaufspreis abgezahlt werden konnten, wogegen die Mitgliederzahl, die am Anfang des Quartals 102 betrug, auf 98 zurückging. Ausgeschlossen wurde der Seker Hermann Adam wegen Betrugs, indem er, ohne sich anzumelden, hier in Kondition trat und gleichzeitig in Ludwigshafen, wo er vorher stand, Krankengeld bezog. Hierauf erstatteten die Delegierten Bericht über den zu Ostern hierseits abgehaltenen siebenundzwanzigsten mittlereisigen Gantag, mit dessen Beschlüssen sich die Versammlung einverstanden erklärte; ebenso wurde die vorgelegte Kostenrechnung für die Veranstaltung zu Ehren der auswärtigen Delegierten ohne Debatte genehmigt. Als Delegierte zur Generalversammlung des Verbandes in Dresden wurden die Kollegen Bente-Matig, Fußs-Mannheim, Hilbeutzel-Darmstadt, Schneider-Heidelberg und Zech-Mainz in Vorschlag gebracht. Das Johannisfest soll durch Zeilnahme an demjenigen des Bezirksvereins Mannheim am 30. Juli begangen werden. Außerdem fanden noch einige andere Vereinsangelegenheiten ihre Erledigung.

n. Hujum. (Zur Frage der Lokalaufschläge.) Bei der nächstjährigen Tarifrevision wird es gewiß eine große Anzahl von Orten geben, die zu dem nackten Minimum einen Lokalaufschlag erhalten wollen. Daß unter diesen Orten viele sein werden, in denen die Preise für Wohnung und Lebensmittel derart hoch sind, daß ihnen eine Berechtigung einer solchen Forderung nicht abgesprochen werden kann, wird kaum jemand bestreiten. Manger Ort wird aber gewiß leer ausgehen und nach den Tarifverhandlungen werden Enttäuschungen keine Seltenheit sein. Ein Ort im vorstehenden Sinne ist auch Hujum. Wohnungs- und Lebensmittelpreise sind in den letzten Jahren stark gestiegen. In der Woche 11 bis 12,50 Mk. muß ein Lediger für Kost und Logis zahlen, und dabei hat er meistens für diese Summe innerhalb seiner vier Wände nur die Schlafstelle. Heizung und Beleuchtung müssen dabei noch besonders entschädigt werden. Die Möglichkeit, sich nur eine Schlafstelle zu mieten und durch Selbstbeköstigung einige Mark zu sparen, ist hier ausgeschlossen. Es fehlen die billigen Mittagstische und Speiseverrichtungen, wie man sie in den größeren Städten findet, und die Nahrungsmittelpreise sind hier mindestens ebenso hoch. Für Verheiratete ist es natürlich noch schwerer, sich einigermaßen durchzuschlagen. Für eine kleine Zweifamilienwohnung müssen 150 bis 180 Mk., für eine Dreifamilienwohnung 200 bis 300 Mk. je nach Größe und Lage gezahlt werden. Dann die Lebensmittelpreise: Fleisch durchschnittlich 80 Pf. pro Pfund, Brot, Butter, Eier u. dgl. ebenso teuer wie in großen Städten, wie ich häufig an den im „Corr.“ veröffentlichten Statistiken über Lebensmittelpreise sehen habe. Alsdann wird wohl jeder zugeben müssen, daß man in einer Stadt von 8000 Einwohnern die Gärderode und viele Sachen die zur Lebenshaltung und Notdurft gehören, niemals so billig erhält wie in einer Großstadt. Da in den nächsten Jahren große Verbesserungen der Verkehrsverhältnisse zur Ausführung kommen, so ist eine Steigerung der Preise für Wohnung und Lebensmittel voranzusetzen, und von dem „Minimum“, von dem jetzt nichts übrig, wird dann erst recht kein Notwendig zurückgelegt werden können, von einer Extrabegabung gar nicht zu reden. Da ich der Überzeugung bin, daß es noch eine große Anzahl Orte gibt, in denen ähnliche Verhältnisse sind wie hier, so möchte ich diese anzuspornen versuchen, alle Gebel in Bewegung zu setzen, damit durch die Lokalaufschläge ein wahrhaft gerechter Ausgleich zwischen Lohn und den jeweiligen Lebensverhältnissen geschaffen wird. Voraussichtlich wird ja für die nächstjährige Tarifrevision vom Tarifamte eine diesbezügliche Statistik veranstaltet; die genaue und gewissenhafte Ausfüllung der Formulare kann nicht dringend genug angeraten werden.

Kaiserslautern. Mit dem neuen Vereinsjahre scheinen sich auch die Wünsche auf einen bessern Versammlungsbesuch zu erfüllen. So war die vorletzte Mitgliederversammlung von 51 und die am 29. April abgehaltene von 54 Kollegen besucht. In letzter Versammlung er-

stattete Kollege Hofmann einen ausführlichen Bericht über den Gantag, und war man mit dem Resultate der Verhandlungen zufrieden. Vor kurzer Zeit wurde von seiten der hiesigen Vorstandschaft wieder eine Agitation in den zu unserm Bezirk gehörigen Druckereien unternommen. Wenn der Erfolg dieser Agitation auch kein allzu großer genannt werden kann, so können wir doch von einem Fortschritte berichten. Auf unsere Intervention haben sich in Kassel die Druckereien Kleinschmidt und Müller bereit erklärt, den Tarif einzuführen und denselben schriftlich anerkennen. Durch sofortige Zahlungsnahme mit den daselbst beschäftigten Kollegen konnten wir in letzter Versammlung vier in den Verband aufnehmen. Die kürzlich gegründete Druckerei Rudolf Koch in Rodenhäusen hat gleichfalls den Tarif anerkennen. Der Besitzer der „Mittelstandspolitik treibenden“ und im „konservativ-blinderischen“ Fahrwasser segelnden „Pfälzischen Tageszeitung“, Herr Pfeiffer, gab, auf die Verfügung der bayrischen Regierung aufmerksam gemacht, zu erkennen, daß er geneigt sei, den Tarif anzuerkennen, d. h. dann, wenn die Verfügung in die Praxis umgewandelt wird und die Druckaufträge seitens der Behörden ausbleiben. (Daß es hierzu auch noch eines Druckes von oben bedarf, zeigt am besten der schon vor einiger Zeit im „Corr.“ mitgeteilte ablehnende Beschluß des hiesigen Stadtrates auf eine Eingabe des Gewerkschaftsrates, in welcher u. a. wiederholt die Vergebung ständischer Druckarbeiten an nur tariffreie Firmen verlangt wurde.) In bezug auf unsern Tarif äußerte Herr Pfeiffer noch, daß man den kleineren Druckereibesitzern („Zehringsschreibern“) den Beitritt zur Tarifgemeinschaft erleichtern müsse, indem man ihnen gestatte, auf die Dauer von ungefähr zehn Jahren bis zu drei Gehältern mehr Gehälter als tariflich vorgehen zu lassen! Desgleichen müßten auch die Gehältern Mittel und Wege finden, um die Schmutzkonzurrenz zu beiseigen. Sehr traurig stehen die Lohnverhältnisse in der Thiemerschen Druckerei in Kirchheimbolanden (ein Zweiggeschäft der hiesigen Thiemerschen Druckerei). Es stehen daselbst Kollegen mit einem Wochenlohn von 15 bis 20 Mk., der Faktor und Korrektor beziehen den horrenden Lohn von 21 Mk. pro Woche. In der aller nächsten Zeit wird nun von seiten des Bezirksvereins ein Zirkular an sämtliche Behörden (Bürgermeisterien, Amtsgerichte, Bezirksämter, Forst- und Rentämter usw.) in unserm Bezirk mit dem Hinweis auf genannte Verfügung und Mitteilung der tariffreien Firmen verhandelt und das Ersuchen an dieselben gerichtet, daß sie in Ausführung der Ministerialverordnung von jetzt ab alle Druckaufträge nur nach tariffreien Druckereien überweisen möchten. — Das diesjährige Johannisfest wird in Gemeinschaft mit den Kollegen von Ludwigshafen und Neustadt durch einen Ausflug nach Dürkheim gefeiert.

qu. Bad Kissingen. Am 29. April tagte hier eine gut besuchte Generalversammlung. Auf der Tagesordnung stand unter anderem ein Referat über die Gauversammlung in Würzburg, zu welcher unser Vorsitzender Buchs entsandt war, der unsern Ortsverein zu aller Zufriedenheit vertreten hatte. Den neuen Vorstand bilden die Kollegen Kuchs als Vorsitzender, Christoph als Kassierer und C. Quadt als Schriftführer.

d. Köln. Aus Anlaß des am 22. Mai und die folgenden Tage hier abzuhaltenden Gewerkschaftsfesttagess veranstaltete die hiesige Mitgliedschaft zu Ehren der anwesenden Delegiertenkollegen einen Kommerz. Mit diesem Kommerz verbunden wird die offizielle Feier des sechzigjährigen Berufsjubiläums unsern Kollegen Heinrich Dauben. Gewiß werden sich viele Kollegen an diesem Tage unsern lieben Alten gern erinnern, der stets in Freud und Leid fest zu unserer Organisation gestanden hat und heute noch steht. Manches Trübsalchen ist seiner poetischen Feder entflohen, aber auch zahlreiche muntere Kinder der Muse Apolls zieren noch heute die Liebertafel gefelliger Kreise. Kollege Dauben, der sich noch in seltener geistiger und körperlicher Verfassung befindet, fonditioniert seit Bestehen der täglich erscheinenden „Rheinischen Zeitung“ in deren (Druckerei Beckhausen & Küpper) mit einer kurzen Unterbrechung. Ebenso „Bater Kirch“, dessen sechzigjähriges Berufsjubiläum ebenfalls vor der Türe steht. Möge den beiden treuen Alten ein sorgenloser Lebensabend beschieden sein. Der Tag und das Festlokal konnten wegen des seit mehreren Wochen währenden Bierboykotts noch nicht bestimmt werden.

lm. München. Herr Walter Degener vom Deutschen Buchgewerbevereine hielt am 13. April in der Typographischen Gesellschaft einen interessanten Vortrag über die „Weltanschauung in St. Louis und das Buchgewerbe“. Die in großer Zahl erschienenen Mitglieder und Gäste folgten dem durch Lichtbilder außerordentlich gestalteten Vortrag mit ungeteilter Aufmerksamkeit. Geschäftliche und wirtschaftliche Daten der Stadt St. Louis voranschickend, schilderte Vortragender den unfertigen Zustand der Auslieferung (das „Deutsche Haus“ nicht angenommen) bei ihrer Eröffnung und ging dann nach Schilderung des Gesamtbildes, welches die ganze riesige Anlage bot, speziell auf die deutsche Buchgewerbeausstellung und ihre Konkurrenten aller Länder ein. Sein Urteil ging dahin, daß das deutsche Buchgewerbe am besten abgeschnitten habe. Ein großer Teil des Erfolges gebühre davon wohl dem Arrangieren dieser Abteilung, dem Deutschen Buchgewerbevereine. Beschäfter Beisatz dankte dem Redner für seinen gegebenen Vortrag. Die Monatsversammlung am 26. April beschäftigte sich in der Hauptsache mit den Arbeiten des Hamburger Stützpunkts, zu deren Vertretung der Verband der Typographischen Gesellschaften die hiesige

Gesellschaft aufgefordert hatte. Das von Herrn Kommes sehr sachlich und eingehend ausgearbeitete Referat fand allgemeine Zustimmung und löste eine rege Diskussion aus, in deren Verlauf manche irrtümliche Anschauung über das Wesen des Stillschließens Berichtigung fand. Insbesondere wurde u. a. die Frage eines Mitglieds, ob ein Plakat in Originalgröße oder in einem den Verhältnissen entsprechenden kleineren Maßstabe skizziert werden solle, dahin beantwortet, daß, wenn wirklich eine Skizze verlangt würde (was ja wohl äußerst selten vorkomme), dieselbe in Originalgröße anzufertigen sei. Aufnahme, Bekanntgabe des Einlaufes und Verpredung verschiedener interner Angelegenheiten bildeten den weiteren Inhalt des Abends, der wiederum wie seine Vorgänger gut besucht war.

Kienfcheld. In der am 6. April abgehaltenen Monatsversammlung machte Vorsitzender Kronenberg auf die Aussperrung von 50 Proz. der organisierten Brauereiarbeiter in Rheinland-Westfalen aufmerksam und empfahl den Mitgliedern, so lange das Biertrinken zu unterlassen, bis der Bierboykott aufgehoben ist, da wiederholt die Gastwirte ihre Gäste durch Vorsetzen boykottierten Bieres zu blipieren suchten. Dann referierte er über den zu Ostern in Essen abgehaltenen Gantag, und sei einiges hier wiederzugeben. Gleichwie die Gehaltssteigerung unserer Baubeamten ein dumpfes Murren unter den Kollegen hervorrief, entsefelte sich geradezu ein Sturm der Entrüstung über das Verhalten der Delegierten, weil sie für Aufstellung einer Sechsmaschine in der Gaudruckerie stimmten, da doch dadurch die Konditionslosgewinn nicht gemindert wird. Referent kritisierte dann die „große Kleinlichkeit“ der Gaudruckerie. Geradezu bedauerlich sei es, daß die älteren Verbandskollegen von Kienfcheld es nicht der Mühe wert halten, die Versammlungen zu besuchen. Eine diesbezügliche Resolution, welche im Protokolle festgelegt werden soll, fand einstimmige Annahme: „Die heutige Versammlung rügt ganz entschieden das lässige und schlaffe Interesse der Kollegen, hauptsächlich das der älteren, an dem Versammlungsbesuche, da doch gerade die letzteren den jüngeren Kollegen mit einem bessern Beispiele vorangehen sollten.“ Nach Erledigung verschiedener anderer Angelegenheiten schloß der Vorsitzende mit einem dreifachen Hoch auf den Verband die Versammlung.

Grundschau.

Ferien! In der Buchdruckerei „Union“ in Stuttgart wurde die Kassenzeit von 15 resp. 10 Jahren auf 10 resp. 5 Jahre herabgesetzt. Gleichzeitig wurden die Ferien für das Hilfspersonal von 3 auf 6 Tage erhöht. In den Genuss der Ferien treten dieses Jahr außer dem Buchbinder- und dem Hilfspersonal etwa 140 Kollegen. — Die Firma „Hannoverscher Anzeiger“ (H. Maschke & Co.) erhöhte für das gesamte Buchdruckerpersonal die seit 1897 bestehenden dreitägigen Ferien auf fünftägige. — Die Edward Herberger'sche Druckerei in Schwerin bewilligte ihrem Gesamtpersonal einen achttägigen Sommerurlaub. Bedingung ist vierjährige Tätigkeit im Geschäft. In Betracht kommen 21 Personen. — In Frankfurt a. M. wurde dem Personal der Uniondruckerei (Frankfurter „Volksstimme“) die Mitteilung, daß die Ferien (seither acht Tage ohne Unterschied der Konditionsdauer) eine Erweiterung erfahren, indem die über zehn Jahre im Geschäft Tätigen vierzehn Tage, die über fünf Jahre neun und die unter fünf Jahren sechs Tage Ferien von diesem Jahre an bekommen. — Die Firma Friedrich Maschner in Dreben bewilligte ihrem Personal nach dreijähriger Tätigkeit im Geschäft drei Tage und nach fünfjähriger Tätigkeit eine Woche Urlaub.

Die Stettiner Prinzipale, vereinigt im Bunde der Buchdruckerei- und Steindruckereibesitzer für den Regierungsbezirk Stettin, haben in ihrer Versammlung vom 27. April sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Lehrlingskata nicht herabgesetzt werden dürfe, weil, nun weil „seit mehreren Monaten“ kein stettensolcher Buchdrucker in Stettin vorhanden ist, und deshalb von auswärts Hilfskräfte herangezogen werden müßten, die zum Teile wenig brauchbar gewesen seien. Von Gehilfen sei es — es handelt sich um eine Versammlung der Innung — machte man demgegenüber geltend, daß es sich nur um eine vorübergehende gute Konjunktur handle und später Drucker und Seher genügend vorhanden seien. Die Prinzipale waren in ihre Ansicht aber so weit verrannt, daß ihnen sogar der Umstand, daß fünf Lehrlinge diese Ostern eingestellt, einer aber nur ausgeliefert habe, zu denken gab. Unserer Meinung nach beweist das aber doch, wie die Stettiner Prinzipale die angebliche Kalamität zu beheben wissen. Auch die völlige Entlohnung des Stettiner Arbeitsmarktes von Arbeitskräften — so erfreulich sie an sich wäre, weil wir Gehilfen doch alle arbeiten wollen — trifft wohl nicht zu, denn nach der vom Tarifamte gegebenen Uebersicht über die Wirkamkeit der paritätischen Arbeitsnachweise im ersten dreijährigen Quartale waren im Januar wöchentlich im Durchschnitt arbeitslos sechs Seher und zwei Drucker, im Februar zwei Seher und zwei Drucker, im März nur ein Drucker; wie es im April geworden ist, wissen wir nicht, der April wird aber meistens schon wieder schlechter bezüglich der Geschäftslage. Der Einwand, daß die von auswärts geholten Arbeitskräfte oft unbrauchbar gewesen seien, ist ebenso alt wie hinfällig. Wenn die Prinzipale in Fachblättern nach Gehilfen inserieren, obwohl am Orte manchmal viele Kollegen brach liegen, dann hört man niemals von der

Minderwertigkeit der auf dem Anzeigenwege eingestellten Gehilfen; da wird im Gegenteile nicht selten über die am Orte liegenden Arbeitslosen ganz geringschätzend geurteilt. Unsere Tarifarbeitnachweise sollen doch in Gegenseitigkeit stehen, wodurch schon verhindert werden kann, daß wirkliche Kalamitäten eintreten können. Daß es zuzeiten eines bessern Geschäftsganges wohl vorkommen kann, daß die Arbeitslosen nicht duldendweise sofort zur Stelle find, wenn ein Schnellschuß gekommen, ist zu verstehen; aber es kann von uns Gehilfen wohl nicht erwartet werden, daß wir solche Zustände als erstrebenswert für die Gehilfenchaft ansehen. Die Argumente der Stettiner Prinzipale beweisen also gar nichts für ihre Anschauung, wir halten sie im Gegenteile durch die Tatsachen für völlig widerlegt.

Als Ergänzung der in voriger Nummer gebrachten Notiz „Eine Protestkundgebung gegen die preussische und die bayerische Regierung“ wollen wir noch von einem „Saar und Ernte“ betitelten Artikel der in München erscheinenden Wochenschrift „Handel und Industrie“ Kenntnis geben, der sich in schroffster Weise gegen den bayerischen Tarifgemeinschaftsbescheid wendet und in der Hauptsache folgendermaßen lautet: „Und im Süden beifelt man sich, den ‚gerechten Wünschen‘ der ‚Pioniere sozialistischer Begehrlichkeiten‘ von Staats wegen entgegenzukommen, durch einen ministeriellen Erlass, welcher die Druckereibesitzer bei Gefährdung ihrer Existenz zwingt, sich den Tarifforderungen der ‚organisierten Arbeiterchaft‘ der schwarzen Kunst zu unterwerfen. Wer nicht den Tarif einfaßt, soll von Arbeiten und Lieferungen für den Staat, seine Behörden und Anstalten, ausgeschlossen werden. Man wende nicht ein, daß dieser Tarif aus freier Vereinbarung zwischen Prinzipal- und Arbeitnehmerchaft hervorgegangen sei. Wir haben erst jüngst eine kurze Geschichte dieser Tarifbildung gebracht, welche deutlich zeigt, daß jene ‚freie Vereinbarung‘, soweit es sich um die Arbeitgeber handelt, nach dem Leitmotive zustande kam: folgt du nicht willig, so brauch ich Gewalt — des Ausstandes! In bayerischen Regierungskreisen war man verstimmt, daß Stimmen laut zu werden wagten, welche den Moment der Unterzeichnung jenes Erlasses als eine dunkle Stunde bezeichneten, deren man vielleicht in nicht gar zu ferner Zeit kaum ohne Selbstvorwurf gedenken möchte. Man hielt sich am grünen Tische zur Zustimmung über solche Meinungsäußerungen um so mehr berechtigt, als die berufensten, bedeutendsten Vertreter des Buchdruckerhandwerks zu jenem Erlasse sich öffentlich ausschwiegen, und unter der Hand die oppositionelle Auffassung einer Selbstkorrektur zugänglich zu machen versuchten. Sie hatten ja gut schweigen und gut Beschäftigungsmittel spielen; ihnen geht das Wasser nicht sofort bis an den Mund wie jenen kleinen Buchdruckereien in Stadt und Provinz, welchen jetzt nur mehr die trübe Wafl bleibt, entweder auf das bishigen Verdienst aus staatlichen Druckaufträgen zu verzichten, oder es durch den Tarif der nimmerlatten Organisierten einzubüßen. Das bishigen Verdienst, das durch Arbeit mit den bescheidensten, billigen Mitteln, und vor allem mit bescheidenen Gehilfen, erworben werden konnte, war es, mit dem bisher die kleinen Buchdruckereien sich aufrecht zu erhalten vermochten — dürfen sie diesen Verdienst nicht mehr erwerben, nun dann mögen sie die Klappe zumachen. Große Druckfirmen füllen ja die staatlichen Aufträge recht gern nach dem Tarife aus, weil sie die Mehrkosten wieder hereinzubringen vermögen. Will der kleine Drucker bei einem behördlichen Auftrage ausschlagen, um seine Leute nach dem Tarifvertrage bezahlen zu können, so wird er sehr bald mit solchen Aufträgen nicht mehr beehrt werden, wenn die Revision der behördlichen Regierungen erst einmal entdeckt, daß es die ‚Großen‘ billiger machen. Diese Konsequenzen sind für den einzelnen bedauerlich, sie drohen aber auch für die Gesamtheit verhängnisvoll zu werden.“ Man sollte kaum glauben, daß ein für den Großhandel und die Großindustrie bestimmtes Blatt sich in so läppischer Weise der armen, durch jenen Tarifverlass angeblich an die Wand gequetschten Kleinunternehmer annehmen kann. Wegen der von dieser Seite kommenden Hilfe möchte man die Kleindruckereibesitzer erst recht beauern, wenn überhaupt dazu ein Anlaß vorläge. Unser Tarif aber kann von allen Prinzipalen eingehalten werden, das Gegenteil können nur Leute vom Schlage der Bued und Genossen und die von der Wochenschrift „Handel und Industrie“ behaupten wollen, denen man aber den Pharisäer von weitem anmerkt. Im deutschen Buchdruckerhandwerk haben alle maßgebenden Instanzen den Erlass des bayerischen Ministeriums freudig begrüßt, und das sollte doch solche verlogenen Schwäger stutzig machen. Man sieht aber daran wieder, wie schwer es dem Staate gemacht wird, nur einmal zu wagen, fortschrittliche Bahnen zu betreten. Den Kanal- und Bergesgebrellen haben sich nun auch die Tarifgemeinschaftsrebellens hinzugesellt. Sei es drum: auch gegen diese Mühschritter schwingen wir mutig die Klinge.

Eine Delegiertenversammlung der Zeitungsseher St. Petersburgs tagte am 5. Mai unter dem Vorsitze des Kollegen H. Schirajew, in welcher die Einführung der Sonn- und Feiertagsruhe endgültig beschlossen und einstimmig angenommen wurde. Welche Stellung die Verleger und Drucker jedoch dazu einnehmen werden, bleibt einstweilen noch abzuwarten, denn ein ähnlicher Versuch seitens der Regierung scheiterte vor einigen Jahren vollständig an der Konkurrenz der Zeitungsverleger. Als Ruhetage wurden festgesetzt alle Sonntage, der erste und zweite Osterfeiertag, der erste und zweite Weihnachts-

feiertag, Neujahr, Pfingstmontag sowie neun weitere bedeutendere Feiertage. Die Versammlung empfing von den Kollegen der Druckerei des „Reichsanzeiger“ ein Schreiben mit dem Hinweise, daß die Sonntagsruhe in erwähneter Druckerei bereits bestehe, was als Zustimmung zu dem gefaßten Beschlusse angesehen wurde. An alle beteiligten Kreise soll ein Aufruf im Unterstützung bei der Einführung der Sonn- und Feiertagsruhe gerichtet werden. Die Versammlung erklärte ferner, Kollegen, welche zu diesem Beschlusse eine entgegengesetzte Meinung befänden, sind aufs schärfste zu rügen sowie deren Namen der Öffentlichkeit zu überliefern. Alle Zeitungen sollen im Abdruck dieser Beschlüsse, als deren Einführungsstermin man den 7. Mai ansetzte, ersucht werden. Den Seher der „Nowoje Wremja“ wurde für deren inforrekte Haltung die Mißbilligung der Versammlung, welche von neunzehn Zeitungspersonalen besetzt war, ausgedrückt.

Ueber die Tarifbewegung in Petersburg brachte der „Allgemeine Anzeiger für Druckereien“ vor einiger Zeit noch längere Mitteilungen, die wir anschießend an obige, uns durch die Freundlichkeit eines zeitiger Kollegen zugegangene Notiz bringen wollen. Die Beendigung der Seharbeiten für die russische Ausgabe von Meyers Konversationslexikon hat das Meer der Stellungslosen wesentlich verstärkt. Hierdurch haben auch die Ausstände in Druckereien, welche bis jetzt forgesetzt stattfanden, ihr Ende erreicht. Auch die Beratungen über die Einführung eines Normaltarifes durch die hierfür eingesetzten Kommissionen dürfen als beendet angesehen werden, das Resultat ist jedoch noch nicht bekannt gegeben, doch gilt es als bestimmt, daß die Seher, unterstützt durch die Leitung der maßgebenden Druckereien der „Nowoje Wremja“ und „Russi“ sowie durch die Zusage von sechs anderen großen Druckereien, den von der Gehilfenchaft ausgearbeiteten Tarife anzuerkennen, ihr Ziel erreicht haben. Eine Aenderung hierin ist seitens der Seher nur insofern vorgenommen worden, als sie die Dauer des Tarifes statt der ursprünglich hierfür vorgesehenen 5 Jahre mit Rücksicht auf die stetig wachsende Teuerung auf nur 3 1/2 Jahre (bis 1. Oktober 1908) festsetzen konnten. Zu der erwähnten Versammlung hatte sich kaum ein Drittel der Vertreter der Petersburger Druckereibesitzer eingefunden, welcher Umstand mit Rücksicht darauf, daß doch über das Geschick von Tausenden von Menschen beraten werden sollte, charakteristisch für den russischen Schlenkrian ist. Einem heizumstrittenen Punkte bei den Beratungen bildete die vom Prinzipalsausschusse festgesetzte Norm für die Tagesleistung eines Sehers, welche bei zehnstündiger Arbeitszeit 9500 Buchstaben betragen sollte. Als Grundlage für diese Berechnung benutzte die Kommission die Resultate der vier bisher in Petersburg veranstalteten Konkurrenzseher. Den Einwand, daß die Leistungen der am Wettseher beteiligten gewesen Seher, die besondere Ausnahmen bilden, nicht als Norm aufgestellt werden könnten, wiesen sie mit der Begründung zurück, daß ein Wettseher infolge der Nervosität, die den daran Beteiligten befallt, sowie durch den ungewohnten Arbeitsraum eher eine Verminderung als eine Steigerung der gewöhnlichen Leistungsfähigkeit bedeute. Nach den Ergebnissen setzten auf dem ersten Konkurrenzseher 12 Personen zusammen 30756, auf dem zweiten 20 Personen 69138, auf dem dritten 20 Personen 70475 und auf dem vierten 13 Personen 44726 Buchstaben; somit setzten sämtliche 65 Personen in 1 1/2 Stunden zusammen 215095 Buchstaben oder durchschnittlich ein jeder 3309 Buchstaben. Rechnet man nun bei zehnstündiger Arbeitszeit sechs Stunden als ausschließlich für den Satz verwendet, so folgt als Ergebnis 13236 Buchstaben. Fehler im Satz machten auf den erwähnten Wettseher nur 41 Personen, davon entfallen bei der ersten Konkurrenz auf 8 Beteiligte zusammen 396 Fehler, bei der zweiten auf 20 Beteiligte 641 und bei der vierten auf 13 Beteiligte 579 Fehler; insgesamt also 1616 Fehler bei 41 Personen oder 39 Fehler bei jedem der Beteiligten in 1 1/2 Stunden und 156 Fehler in sechs Stunden. Aus diesen Daten ist ersichtlich, daß ein jeder bei den Konkurrenzseher beteiligte gewesen Seher in sechs Stunden 13236 Buchstaben in sechs Stunden zu setzen, in zwei Stunden 156 Fehler zu verbessern und seinen Kasten in 1 1/2 Stunden vollzulegen (die Schnelligkeit des Wiegens um viermal größer gerechnet als die des Sezens), zusammen also 9 1/2 Stunden. Dadurch sei bewiesen, daß, wenn ein mittelmäßiger Seher um einhalbmal langsamer setzen würde, er doch in sechs Stunden, die festgesetzt 9500 Buchstaben täglich zusammenzubringen. Die Seher hingegen veranschlagen das zu leistende Tagespensum auf höchstens 8000 Buchstaben. Die Druckerei der Petersburger Zeitung“ erhöhte den Preis für den Satz von 100 Zeilen von 1.25 Rbl. auf 1.50 Rbl. und für die Nachschicht von 50 Kop. auf 1 Rbl. pro Stunde. — Und die „Buchdruckerwoche“ weist in ihrer neuesten Nummer zu melden: Die Streikbewegung in den graphischen Branchen ist an ihrem Ende angelangt. Nur hin und wieder brechen in einigen Städten sogenannte Nachstreiks aus, hauptsächlich in Betrieben, in denen die gemachten Zugeständnisse nicht eingehalten werden. In den Städten Archangelst (Regierungsdruckerei), Astrachan, Irkutsk, Samara, Zlatopol und Zlatopolow ist die achtstündige, in Dorpat und Rerich die neunstündige Arbeitszeit mit gleichzeitiger Lohnherabsetzung erzwungen worden. Im Kaukasus dagegen gärt es noch arg. In Tiflis erscheint seit Wochen nur eine Zeitung, der „Kaukas“, der aber nur von Soldaten, die zur Buchdruckerei kommandiert worden sind, hergestellt wird.

Ganz nach Berliner Muster, oder vielmehr noch schärfer, spielten sich in den letzten Tagen auch in

Magdeburg polizeiliche Uebergriffe gegen Streikposten ab. Es wurde eine Anzahl streikpostenstehender Arbeiter einfach verhaftet, von den vielen Fortwähungen gar nicht zu reden. Wenn die Polizeibeamten, d. h. die die betreffenden Anweisungen verlassenden höheren, erst einmal schadenersparnispflichtig für diese unberechtigten Handlungen gemacht werden können, dann dürften die freisprechenden Urteile der Gerichte erst den notwendigen Dämpfer auf die den Gewerkschaften gegenüber so ganz unnützlich erwiesenen Aufmerksamkeiten setzen.

Das Schicksal des neuen englischen Gewerkschaftsgegesetzes scheint allem Anscheine nach besiegt zu sein. Was in eingeweihten Gewerkschaftskreisen im geheimen besprochen wurde, ist in unzweideutiger Weise zur Tatsache geworden. Den reaktionären Mitgliedern des juristischen Komitees, deren Gutachten das Gesetz unterliegt, gelang es mit Hilfe der Regierung, einem Amendement zur Annahme zu verhelfen, das das ganze Gesetz illusorisch macht. Anstatt das Streikpostenwesen mit den klaren Worten der projektierten Vorlage zu legalisieren, schob man den bekannten allgemeinen Nergernispassus ein, auf Grund dessen irgend ein gekaufter Streikwilliger sich beleidigt oder bedroht fühlen und gegen die Gewerkschaft gerichtlich einschreiten kann. Die Verteidiger des Gesetzes erklärten hierauf in einer Sitzung am 8. Mai, daß durch Annahme dieses von dem Mandat der Fabrikanten Galloway gestellten Antrages das Gesetz für sie unannehmbar sei und beantragten Zurücksendung der ganzen Vorlage. Dies wurde mit 26 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Hierauf verließen die liberalen und Arbeitervertreter unter Führung des bekannten John Burns die Sitzung. Die Folgen dieser Stellungnahme der Konservativen werden sich zweifellos bei den Nachwahlen bzw. bei einer Parlamentsauflösung zeigen.

Die Berufungsmöglichkeit gegen Urteile des Gewerbegerichtes durch Zusammenlegen von Klageobjekten ist eine vielumstrittene Frage, die neuerdings durch Entscheidung in der höchsten Instanz wieder aufgerollt worden ist. Der § 55 des Gewerbegerichtsgegesetzes schreibt bekanntlich vor, daß eine Berufung gegen Urteile des Gewerbegerichtes nur zulässig ist, wenn der Wert des Streitgegenstandes den Betrag von 100 Mk. übersteigt. Drei Arbeitnehmer hatten nun ihren gemeinsamen Arbeitgeber beim Gewerbegericht wegen einer Lohnforderung durch drei besondere Klagen in Anspruch genommen. Inzwischen verband das Gewerbegericht die Prozesse zum Zwecke der gleichzeitigen Verhandlung und Entscheidung und verurteilte den Beklagten auch gemäß den Ansprüchen des Klägers. Die einzelnen Forderungen hatten unter 100 Mark betragen, dagegen überstieg die eingeklagte Summe der drei Arbeitnehmer zusammen den Betrag von 100 Mark. Der zur Zahlung Verurteilte legte nun gegen das Erkenntnis Berufung beim Landgerichte ein, doch behaupteten die Prozeßgegner, die Berufung sei gar nicht zulässig, denn es handle sich ja um drei nicht gemeinschaftlich erhobene Klagen, und bei jeder von ihnen bleibe der Wert des Streitgegenstandes unter 100 Mk. Inzwischen hat das Gericht die Einwendungen für nicht begründet erachtet. Ob, falls mehrere bei dem Gewerbegericht anhängige Prozesse derselben oder verschiedener Personen verbunden werden, die Berufung zugelassen ist, wenn der Gesamtwert 100 Mk. an Wert übersteigt, darüber ist im Gewerbegerichtsgegesetz nichts gesagt, dagegen enthält der § 147 der Zivilprozeßordnung die Bestimmung, daß das Gericht die Verbindung mehrerer bei ihm anhängigen Prozesse derselben oder verschiedener Parteien zum Zwecke der gleichzeitigen Verhandlung und Entscheidung anordnen kann, wenn die Ansprüche, welche den Gegenstand dieses Prozesses bilden, in rechtlichem Zusammenhange stehen oder in einer Klage hätten geltend gemacht werden können. Danach sind die einzelnen Entscheidungen desselben Urteils nicht zu trennen, sondern als ein Ganzes aufzufassen, und demgemäß ist es, um die Frage der Zulässigkeit der Berufung zu entscheiden, durchaus gerechtfertigt, wenn die Werte der einzelnen Ansprüche zusammengefaßt werden, und da dieser Gesamtwert den Betrag von 100 Mk. übersteigt, so ließ sich gegen die Berechtigung der Berufung nichts einwenden.

Die durchschnittliche Dauer der Erwerbsunfähigkeit festzustellen, ist für die Krankenkassen von großer Wichtigkeit, da dies für Bemessung des Beitrages und der Höhe der Unterstützung ausschlaggebend ist. Die Leipziger Ortskrankenkasse hat vom Jahre 1902 derartige Berechnungen vorgenommen, die zwar durch die mit dem Jahre 1904 in Kraft getretene Krankenkassennovelle sich etwas ändern, im ganzen aber doch einen zuverlässigen Maßstab abgeben. Von 52466 Krankheitsfällen dauerten also: bis zu einer Woche 32,29 Proz., 2: 27,00, 3: 13,10, 4: 7,93, 5: 6,08, 6: 3,42, 7: 2,37, 8: 1,70, 9: 1,23, 10: 0,93, 11: 0,80, 12: 0,65, 13: 1,19, 14: 0,32, 15: 0,29, 16: 0,21, 17: 0,19, 18: 0,15, 19: 0,11, 20: 0,12, 21: 0,09, 22: 0,10, 23: 0,08, 24: 0,07, 25: 0,07, 26: 0,05, 27 bis 34: 0,46 Prozent.

Eineingefallen mit ihren Schwindelmannern sind die Kohlenbarone im Ruhrgebiete. Die letzte Erhöhung des Kohlenpreises um 50 Pf. pro Tonne wurde von denselben begründet mit den aus der in Aussicht stehenden Vergeßteknovelle zu erwartenden höheren Selbstkosten. Wie aber der Vorstand des Ausbreitungsverbandes der deutschen Gewerbevereine in Düsseldorf unter Vorlegung von Beweisen behauptet, sind die neuen Preislisten mit der Erhöhung des Tonnenpreises um 50 Pf. bereits seit Dezember fertig gestellt gewesen, der Streik der Bergleute aber brach erst am 7. Januar aus. Unfre früher schon

ausgesprochene Meinung, die Kohlenbarone hätten den Streik nach Kräften gefördert, weil er ihren Absichten nur entgegenkam, hat damit auch ihre Bestätigung gefunden.

Im Jahre 1891 wurde in Götting der Verein zur Verbesserung der Verhältnisse der Handwerker gegründet. Derselbe konnte sich bis jetzt vielseitiger Unterstützung erfreuen, so daß 250 bis 280 Personen während des Winters beschäftigt werden können; im Sommer gibt es für die jüngeren Leute ja lohnendere und gesündere Beschäftigung. Während des letzten Winters hat sich aber ein derartiger Vorrat angehäuft, daß sich der Verein zu einer öffentlichen Bitte um Abnahme seiner Waren gezwungen sieht. Es werden gefertigt: Tischlicher, Gerbzeiten, Tischentlicher, Hand- und Küchentlicher, Schreiner, Kleider- und Halbleinen, buntes Schürzenleinen, Bettzeuge, Bettkörper und Drell, halbwollene Kleiderstoffe, Althüttingische und Spruchdecken, Koffhäuserdecken, Wartburgdecken usw. Muffenbinder usw. verlangt man von dem Thüringer Handwerkerverein Götting.

Die Steinseker usw. von Harburg, Wilhelmsburg und Erfurt sind ausständig geworden, weil ihre Lohnforderungen abschlägig beschieden wurden. — In Zoppot wurden die Maurer und Zimmerer wegen eines partiellen Streiks bei zwei Bauunternehmern ausgesperrt, in Oliva stellten deshalb sämtliche Bauarbeiter ihre Tätigkeit ein. — In Nürnberg ist es wegen Verweigerung von auswärtiger Streitarbeit nun ebenfalls zur Arbeitsniederlegung der Schneider gekommen. — In Offenbach a. M. streiten die Maler und Anstreicher. — In Reghin streiten die Ziegeleiarbeiter. — Wegen Zurückweisung ihrer Tarifvor schläge sind 2200 Werftarbeiter in Glesnburg in den Ausstand getreten. — Nach vierzehnwöchentlichem erbitterten Kampfe haben nun die Arbeiter der Hannoverischen Waggonfabrik die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen.

Eingänge.

Graphische Revue Oesterreich-Ungarns. Im Auftrage der Wiener Graphischen Gesellschaft herausgegeben von Heinrich Zeige, Wien VII/3. Heft 4 des VII. Jahrganges. Preis pro Jahrgang 6 Mk. Einzelnnummer 50 Pf.

Für Alle Welt, vereinigt mit „Zur Guten Stunde“, illustrierte Zeitschrift mit der Abteilung Erfindungen und Entdeckungen auf allen Gebieten der Naturwissenschaften und Technik. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin W 57 und Leipzig. Heft 19. XVIII. Jahrgang. Jährlich erscheinen 28 Hefte à 40 Pf. Dieses Heft bringt u. a. einen reich illustrierten Aufsatz über moderne Krankenpflege aus der Feder des Dr. med. Lewinski.

Moderne Kunst, illustrierte Zeitschrift. Verlag: Wich. Bong & Co., Berlin W 57. — Preis des Heftes 60 Pf. — Als sogenannte Frühlingsnummer ist dieses Heft ganz besonders künstlerisch ausgeschmückt und kostet für Abonnenten 1,20 Mk., für Nichtabonnenten 2 Mk.

Die Neue Gesellschaft, sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Dr. Heinrich Braun und Lily Braun. Verlag: Berlin W 35. Preis für das Einzelheft 10 Pf., pro Vierteljahr 1,20 Mk. Heft 1 bis 6.

Die Hohenzollernlegende. Kulturbilder aus der preussischen Geschichte von M. Maurenbrecher. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 69. Heft 5 und 6. In jeder Woche erscheint ein Heft für 20 Pf.

In Freien Stunden, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 69. Preis pro Heft 10 Pf. Heft 17 und 18.

Kraftprobe im Ruhrgebiete von Anton Erselenz. Verlag: Rheinisch-westfälischer Ausbreitungsverband der deutschen Gewerbevereine, Düsseldorf. Mit einer Titelzeichnung von Thom. Th. Heine. 76 Seiten in Oktav. Preis 80 Pf.

Vierter Jahresbericht des Arbeitersekretariats für Kiel und Umgegend über das Geschäftsjahr 1904. Selbstverlag.

Gestorben.

In Bergen (Norwegen) am 20. April der Buchdruckerbesitzer John Krieg, 49 Jahre alt.

In Bern am 26. April der Seher Anton Lang aus Bernet, 50 Jahre alt — verunglückt; am 2. Mai der Seher Friedr. Bischoff aus Altdorf, 41 Jahre alt — Schwindstucht.

In Brandenburg a. H. am 7. Mai der Seher Paul Rofe, 34 Jahre alt.

In Budapest am 29. April der Drucker Franz Sedelmayer II, 24 Jahre alt; am 30. April der Seher Mathias Ruff, 45 Jahre alt.

In Freising am 8. Mai der Korrektor Alois Bugl, 25 Jahre alt.

In Webersheim (Württemberg) am 2. Mai der Seher Karl Gottlob Schmid von dort, 25 Jahre alt — Lungenleiden.

In Grünberg (Schl.) am 2. Mai der ehemalige Buchdruckerbesitzer Hugo Söderström, 70 Jahre alt.

In Kiel am 8. Mai der Drucker Ernst Weidkaff aus Götting, 61 Jahre alt — Magenleiden.

In Köln a. Rh. am 7. Mai der Drucker Theodor Steinebach, 21 Jahre alt — verunglückt.

In Leipzig am 2. Mai der Wieserwalde Oskar Espenhain aus Borna, 43 Jahre alt — Schlaganfall.

In Wiesbaden am 5. Mai der Seher Hans Nitzinger.

In St. Moritz am 29. April der Buchdruckerbesitzer Hermann Kümmerly, 48 Jahre alt.

In Ratibor am 27. April der Buchdruckerbesitzer Fodor Schmeer, 87 Jahre alt.

In Wien am 26. April der Seher Jos. Hoffmann, 62 Jahre alt; am gleichen Tage der Seher Ferdinand Sallach, 33 Jahre alt.

In Wollau am 5. Mai der Seher Franz Breitner, 23 Jahre alt — Schwindstucht.

Griefkasten.

G. H. in Glogau: 3,55 Mk. — M. K. in Breslau: 1,65 Mk. — A. Sch. in Brandenburg: 3,20 Mk. — P. in München: 3,55 Mk. — G. in Dortmund: Ihre Karte kam unfrankiert an, kostete also 10 Pf. Straßporto.

L. F. in Dresden: Ihre Kritik an dem dortigen Arbeitsnachweise gehört zunächst in eine Mitgliederbesammlung, in welcher Sie den Antrag stellen können, in der Deffektivität gegen die von Ihnen angegebenen Mißstände vorzugehen. — U. C. in St. Georgen: Besten Dank für Zusendung der betreffenden Zeitung.

Leipzig: Von der russischen Zensur zurückgewiesen wurden einige „Corr.“-Nummern, die von Leipzig aus nach St. Petersburg gefandt worden waren. Die in russischer Sprache geschriebene Adresse (A. Marinow, Reichthumsfaja 24) ist uns unbekannt, so daß wir, da die betreffenden Nummern uns ausgeschrieben wurden, dem Absender von dieser Tatsache hiermit Kenntnis geben.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostraße 5, III.

Bekanntmachung.

Bei Konditionsangeboten im Inlande wie im Auslande haben die Mitglieder im eignen Interesse unter allen Umständen bei den zuständigen Verbandsfunktionären Erkundigungen über die tariflichen Verhältnisse einzuziehen. Im Unterlassungsfalle haben die Betreffenden die hieraus entstehenden Konsequenzen sich selbst zuzuschreiben. — Bei Konditionsangeboten nach dem Auslande sind Anfragen an die Zentralverwaltungen zu richten, und zwar für: Deutsche Schweiz: J. Schlumpf, Bern, Speichergasse 29;

Französische Schweiz: Marius Corbaz, Lausanne, Rue du Tunnel 1.

Italienische Schweiz: Comitato centrale della Federazione Ticinese fra i Lavoratori del Libro, Lugano, Camera del Lavoro;

Elsass-Lothringen: A. Schmoll, Strassburg, Lange-straße 146.

Oesterreich: F. Reismüller, Wien VII/1, Zieglergasse 25.

Ungarn: Desider Lerner, Budapest VI, Hunyadi-tér 3. Pressburg: K. Ph. Kovarik, Pressburg, Buchdruckerei „Westungarischer Grenzboten“.

Kroatien: Stefan Boranic, Agram, Vinogradska cesta 58.

Fiume: Fabbioni Vittorio, Fiume (Littorale ungarico), Via Ciotta 20.

Serbien: Milan Milicevic, Belgrad, Kaiserin Milizagasse 3.

Bulgarien: St. Jakimoff, Sophia, Staatsdruckerei.

Rumänien: G. Jonescu, Bukarest, Boulevard Carol I, Nr. 1 (Bursa Munciei).

Bosnien: Franz Stepanek, Sarajevo, Buchdruckerei „Bosnische Post“.

Italien: Comitato centrale della Federazione Italiana dei Lavoratori del Libro, Milano (Camera del Lavoro), Via Crocicasso 15.

Frankreich: A. Keuser, Paris 6^e, Rue de Savoie 20.

Luxemburg: W. Bastendorff, Luxemburg, Philippstr.

Belgien: W. Sarhage, Bruxelles, Place de la Duchesse 6.

Holland: P. Hols, Amsterdam, Bloemstraat 60.

Dänemark: Viktor Petersen, Kopenhagen K., Nybrogade 12.

Norwegen: Ole O. Lion, Kristiania, Storgaden 20.

Schweden: Svenska Typograförbundets Expedition, Stockholm, Jakobsgatan 22A.

Finnland: A. Karjalainen, Helsingfors, Siltasaari 6-8.

Der Verbandsvorstand.

Bezirk Duisburg. Die Bezirksversammlung findet umständehalber acht Tage früher, also am 21. Mai, in Wesel statt.

Bezirk Neuruppin. Der Seher Franz Mielle aus Solbin, zuletzt in Prignitz, jetzt vermutlich in Lippstadt in Kondition, wird hiermit aufgefordert, sofort seinen Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls Ausschluss erfolgt.

Chemnitz. (Maschinenmeisterverein.) Wegen Abreise des Kollegen Pilz wurden die Kollegen M. Zimmermann, Ullmerstraße 53, als erster, und A. Siegel als zweiter Vorkandidat gewählt.

Essen (Ruhr). (Maschinenföhrvereinigung Rheinlands-Westfalens.) An Stelle des verzoogenen Vorkandidaten wurde Kollege Heinrich Müller, Steinstraße 44, als solcher gewählt.

Solingen. Der Seher Otto Grüneß, welcher am 2. April mit einem Kiste von hier abreiste, wird hiermit zum letztenmale aufgefordert, bis Sonnabend den 13. Mai seinen Verpflichtungen nachzukommen, andernfalls Ausschluss erfolgt. — Der Seher Paul Eichholz aus Groß-Rehman (Hauptstr.-Nr. 4260), welcher seit dem 2. Mai

von hier spurlos verschwunden ist, wird gleichfalls aufgefodert, seine Adresse an den Kollegen D. Passolt, Blumenstraße 102, gelangen zu lassen, andernfalls Abschlusß beantragt wird.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigefügte Adresse zu richten):

In Nachen die Seher 1. Leonhard Klippel, geb. in Nachen 1887, ausgel. daf. 1905; 2. Jof. Brückeler, geb. in Baals (Holland) 1895, ausgel. in Nachen 1905; waren noch nicht Mitglieder. — In Düren die Seher 1. Peter Kommeßheim, geb. in Düren 1887, ausgel. daf. 1905; 2. Franz Schmitz, geb. in Hürtgen 1887, ausgel. in Düren 1905; waren noch nicht Mitglieder. — Andr. Wilms in Nachen, Adalbertstraße 55.

In Heidelberg der Seher Jof. Keller, geb. in Ueberlingen a. B. 1871, ausgel. daf. 1889; war schon Mitglied. — In Mosbach die Seher 1. Ad. Hörnte, geb. in Ulm a. D. 1886, ausgel. daf. 1904; 2. der Seher Georg Meier, geb. in Bretten 1886, ausgel. daf. 1904;

waren noch nicht Mitglieder. — R. Schneider in Heidelberg, Obere Medarstraße 11b.

In Hirschberg i. Schl. der Seher Heinrich Gottstein, geb. in Schreiberhan i. R. 1894, ausgel. in Hirschberg 1905; war noch nicht Mitglied. — In Löwenberg die Seher 1. Willibald Joseph, geb. in Friedeberg a. O. 1887, ausgel. in Löwenberg 1905; 2. Otto Hertrampf, geb. in Döbichütz (Kreis Görlitz) 1887, ausgel. in Löwenberg 1905; waren noch nicht Mitglieder. — In Schönbau a. R. der Seher Ad. Städel, geb. in Hinter-Kohlan b. Reinerz 1887, ausgel. in Schönbau 1905; war noch nicht Mitglied. — C. G. Wehnert in Hirschberg (Schle.), Markt 9.

In Krefeld der Seher Emil Molsberger, geb. in Menden bei Siegburg 1884, ausgel. in Krefeld 1902; war noch nicht Mitglied. — In Homberg a. Rh. Karl Jacob, geb. in Groß-Wartenberg 1883, ausgel. daf. 1901; war noch nicht Mitglied. — G. Murmann in Krefeld, Blumenstraße 94.

In Traben a. M. der Seher Fritz Michel, geb. in Wemb (Kreis Gelnern) 1887, ausgel. in Zell a. d. Mosel 1904. — Nikol. Herrig in Trier, Kapellenstraße 26.

In Kolmar 1. der Maschinenfeher Guido Lorenz, geb. in Ellerlein (Eichsen) 1878, ausgel. in Weier 1895; war schon Mitglied; die Seher 2. J. B. Tischer, geb. in Kolmar 1887, ausgel. daf. 1905; 3. Albert Goulon, geb. in Kolmar 1885, ausgel. daf. 1903; 4. Jean Mahrer, geb. in Wöhl (Kanton Narou, Schweiz) 1876, ausgel. in Rheinfelden (Schweiz) 1898; 5. Karl Rehm, geb. in Lahr (Baden) 1878, ausgel. daf. 1896; 6. Ed. Richard, geb. in Kolmar 1886, ausgel. daf. 1904; 7. Albert Wachtel, geb. in Rostock (Mecklenburg) 1880, ausgel. in Schwann 1897; 8. Alois Wurth, geb. in Erstein (H.-E.) 1875, ausgel. in Hagenu 1900; die Drucker 9. Léon Wächter, geb. in Kolmar 1885, ausgel. daf. 1905; 10. Paul Wittmann, geb. in Niederwald b. Dillheim 1884, ausgel. in Kolmar 1902; waren noch nicht Mitgl. — Joseph Heimburger, Marsfeldwall 4. In Metz der Schweizergen Oswald Noack, geb. in Weesenstein (Eichsen) 1886, ausgel. in Lothwiß 1905. — H. Götten, Gutfraße 1 bis.

In Linz der Drucker Hans Göls, geb. in Steyr 1874, ausgel. daf. 1892; war schon Mitglied. — Jof. Kirchberger, Markt 4, I.

Erster Mitteldeutscher Buchdrucker-Sängertag Pfingsten 1905 zu Leipzig.

PROGRAMM

Sonnabend, 10. Juni: Empfang der an diesem Tage eintreffenden Festteilnehmer und Geselliges Beisammensein im Blauen Saale des »Kristallpalast«, dortselbst auch Zuweisung der Quartiere.

Sonntag, 11. Juni, vorm. 10 Uhr: Offizielle Begrüssung der Festteilnehmer in der Alberthalle des »Kristallpalast«; daran anschliessend: Hauptprobe. — Um 1 Uhr: Mittagessen in verschiedenen Restaurants. — Nachdem: Besichtigung der Stadt, besonders des Buchgewerbemuseums, in welchem u. a. die eingesandten Entwürfe zum belgischen internationalen Wettbewerbe ausgestellt sind. Abends 6½ Uhr: Grosses Konzert in der Alberthalle; anschliessend: Festkommers im Variété-saale des »Kristallpalast«.

Montag, 12. Juni, vorm. 8 Uhr: Treffpunkt am Eingange des Südfriedhofes — Enthüllung des Richard Härtel-Denkmal. — Nachdem: Spaziergang nach Connewitz (»Eiskeller«), daselbst Mittagessen. — Um 3 Uhr: Fortsetzung des Spaziergangs durch das Connewitzer Holz, der Plesse entlang, durch den König Albertpark, um die Promenade nach dem »Kristallpalast«. — Daselbst um 6 Uhr abends beginnend: Abschiedskommers mit Ball im Theatersaale.

Die beteiligten Vereine werden ersucht, rechtzeitig in Leipzig einzutreffen, um bei der offiziellen Begrüssung am ersten Feiertage vollzählig zu sein. Erwünscht ist baldige Mitteilung der Ankunft.

DIE FESTKOMMISSION.

Zeuggraveur

selbständiger Arbeiter, findet Lohnende und dauernde Stellung in
S. Bertholds Schriftgießerei, Berlin SW 29, Belle-Alliancestr. 88.

Buchdruckereiverkauf!

In der Nähe Hamburgs ist eine rentable Buchdruckerei mit zweimal wöchentl. erscheinender Zeitung, vielen Abzügen, Konkurrenzlos, für 20 000 Mk. zu verkaufen. Anzahlung 10 000 Mk. Werte Off. befördert unter Nr. 88 die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein tüchtiger Reisender

mit gewandten Formen für ein Fachwerk sofort gesucht. Werte Offerten unter Nr. 78 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Tüchtiger Illustrationsdrucker

mit dem Farbendrucke und möglichst Prägedrucke (Victoria) vertraut, findet als erster Meister dauernde Konstantion in der
Mittelschen Buchdruckerei, Odense (Dänem.). Eintritt 20. Mai. Muster erbeten. Porto 20 Pf.

Stempelschneider

in Stahl- und Zugarbeiten geübt, finden bei guten Leistungen angenehme Stellung in Leipzig. Werte Offerten mit Muster und Angabe der Anfertigungszeit befördert veranlassen unter X. B. 70 die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Zwei Galvanoplastiker, ein Präger, ein Richter

sind den sofort dauernde Stellung. Nur solche wollen sich melden, welche durchaus tüchtig sind. Lohn 30 Mk. pro Woche.
Karl Rind jr., Bielefeld.

Tüchtige Graveure

geübt in Stahl- und Zugschnitt sowie mit der Matrizenbohrmaschine vertraut, finden sofort Schriftgießerei C. E. Kühn, Leipzig, Grenzstr. 7.

Jüngerer Buchdruckern

welche sich technisch ausbilden wollen, kann ein Abonnement auf die Unterrichtsbücher für Buchdrucker nicht dringend genug empfohlen werden! Man verlange Prospekt von der Geschäftsstelle der »Typographischen Jahrbücher«, Leipzig-Remnitz, Senefelderstrasse 13/17.

Wer liefert Elegantes Musterbuch

über Uhren und Goldwaren einschließl. Kette? Werte Offerten unter J. N. 399 erb. an Hansenstein & Vogler, A.-G., Königsberg i. Pr.

Verein Berliner Korrektoren.

Arbeitsnachweis: Buchdruckerei J. Schlesinger, S 14, Alte Jakobstr. 65. Fernspr. Amt IV, 7919.

Bersammlung Sonntag den 21. Mai, abends 7 Uhr, Alexandrinenstraße 37 („Zum Alexandriner“), Hof rechts. T.-D.: 1. Neuaufnahmen; 2. Ersatzwahlen: ein Schriftführer, ein Beisitzer; 3. Vereinsnachrichten; 4. Was erwarten die Korrektoren von der Generalversammlung des Verbandes? 5. Bericht des Vorstandes. — In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung erwartet der Vorstand vollzähliges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder.

Aschersleben, heute, Sonntag, abends 13. Mai, Der Vorstand.

Dankagung!

Allen Freunden und Kollegen sowie den Organisationen, die mir gelegentlich meines fünfzigjährigen Berufsjubiläums in so reichem Maße durch Telegramme und Zuschriften, Geschenke, Widmungen u. v. ihre freundlichen Wünsche und Ehrungen darbrachten, sowie auch allen, die zum Gelingen des imposanten Kommerzes beigetragen haben, spreche ich hierdurch meinen herzlichsten Dank aus, mit der Bitte um Nachsicht, wenn ich nicht jedem einzelnen von Ihnen danken kann.
München, 9. Mai 1905. Oskar Penkert.

Am 8. Mai verschied unser lieber Kollege, der Korrektor

Alois Bugl

im Alter von 25 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliedschaft Freising. [82]

Am 5. Mai verschied nach langem schweren Leiden in Woblan unser wertiges Mitglied, der Setzer

Franz Breitner

im Alter von 28 Jahren an der Berufskrankheit. Sein kollegialer Sinn sichert ihm ein ehrendes Andenken.
Bezirk Glogau (V. d. B.). [81]

Am 8. Mai verstarb nach längerem Leiden unser wertiges Mitglied, der Maschinmeister

Ernst Weidekaff

im Alter von 51 Jahren.
Sein Andenken wird in Ehren halten
Die Mitgliedschaft Kiel. [90]